

Dresdener Volkszeitung

Polstschmitt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1238

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden,
Kauf der Arbeiter, Anwerfungen
und Beamten, A.-G., Dresden,
Gebrüder Kuntzsch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Erklärungen sprechender Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, bei der Verleger der Dresdener Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückgewähr des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis: mit der städtischen Unterhaltungsabteilung, Arbeiter, Offiziere, Beamten, ausserdem, Post und Telephon 1,20 M., ausserhalb 1,40 M., Wismarstr. 10, Dresden, 10. Juli, 1931. Telegramm: Völkzeit, Dresden, 10. Juli, 1931.

Schriftleitung: Wetzlarerstr. 10, Dresden, Nr. 25. 10 bis 12 Uhr. Besondere: Wetzlarerstr. 10, Dresden, Nr. 25. 10 bis 12 Uhr. Besondere: Wetzlarerstr. 10, Dresden, Nr. 25. 10 bis 12 Uhr.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Zeile 2,00 M., 10 mm breite Zeile 2,50 M., 15 mm breite Zeile 3,00 M., 20 mm breite Zeile 4,00 M., 25 mm breite Zeile 5,00 M., 30 mm breite Zeile 6,00 M., 35 mm breite Zeile 7,00 M., 40 mm breite Zeile 8,00 M., 45 mm breite Zeile 9,00 M., 50 mm breite Zeile 10,00 M., 55 mm breite Zeile 11,00 M., 60 mm breite Zeile 12,00 M., 65 mm breite Zeile 13,00 M., 70 mm breite Zeile 14,00 M., 75 mm breite Zeile 15,00 M., 80 mm breite Zeile 16,00 M., 85 mm breite Zeile 17,00 M., 90 mm breite Zeile 18,00 M., 95 mm breite Zeile 19,00 M., 100 mm breite Zeile 20,00 M.

Nr. 151

Dresden, Donnerstag, den 2. Juli 1931

42. Jahrgang

Appell für Deutschland

Grumbachs Referat in der Kammer

P. Paris, 2. Juli. (Fig. Funk.)

Zu der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer erstattete der sozialistische Abgeordnete Grumbach gemäß dem ihm vor einer Woche erteilten Auftrag einen Bericht über die gegenwärtige Lage Deutschlands, über die er sich während seiner Reise zum Leipziger Parteitag unterrichten konnte. An der Hand von Statistiken legte Grumbach in seinem einstündigen Vortrag die Not der Arbeitslosen, die Lasten, die die Arbeiterklasse zu tragen hat, und die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands dar. Er setzte die Gründe auseinander, die Frankreich dazu veranlassen müßten, Deutschland zu Hilfe zu kommen.

men. Um vollkommen objektiv zu bleiben, überließ er es jedoch dem Ausschuss, aus seinen Darlegungen die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Zum Anschluß daran gab Loucheur ein Exposé über die Maßnahmen, die nach seiner Ansicht zur Besserung der Lage Deutschlands ergriffen werden müssen. Er sprach sich u. a. für ein allgemeines Moratorium, das sich auch auf die Privatschuld beziehen müsse, aus. Vor allem müsse man die deutsche Währung retten.

Die Kommission dankte den beiden Berichterstattern für ihre interessanten Ausführungen und beschloß, die Diskussion heute fortzusetzen und das Ergebnis ihrer Beratungen der Regierung zur Kenntnis zu bringen.

Ergebnislose Verhandlungen

Amerikanisches Memorandum an Frankreich

P. Paris, 1. Juli. (Fig. Drahtbericht.)

Die französisch-amerikanischen Verhandlungen über die Hoover-Aktion sind am Mittwoch nachmittag um 3.30 Uhr im Innenministerium fortgesetzt worden. Auch diese Verhandlung, die 1 1/2 Stunden dauerte, führte zu keinem positiven Ergebnis. Ministerpräsident Daladier übergab der Presse nach der Sitzung folgenden Kommuniqué über die Verhandlung:

„Im Laufe der Sitzung haben Staatskanzler Mellon und Vizekanzler Edge den Text eines Schriftstückes bekanntgegeben, das dazu bestimmt ist, Aufklärung über die Stellung der amerikanischen Regierung bei den im Gange befindlichen Verhandlungen zu geben. Dieses Memorandum läßt außer dem Willen der amerikanischen Regierung, die Verhandlungen fortzusetzen, noch merkwürdige Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen erkennen. Das Dokument wird von der Washingtoner Regierung veröffentlicht, von den interessierten französischen Ministerien durchgearbeitet und im Laufe eines Ministerrats geprüft werden, der für morgen vormittag einberufen wurde. Die nächste Sitzung der französisch-amerikanischen Unterhändler findet Donnerstagabend um 9 1/2 Uhr statt.“

Das Kommuniqué zeigt, daß bisher eine Annäherung zwischen dem französischen und amerikanischen Standpunkt nicht erfolgt ist. Der frühe Termin für die nächste Verhandlung ist darauf zurückzuführen, daß Ministerpräsident Daladier und Finanzminister Landon am Donnerstag nachmittag in der Kammer festgehalten sind.

Frankreich verliert mehr, als es gewinnt

Der Inhalt des Denkschrifts

P. Paris, 1. Juli. (Fig. Drahtbericht.)

Die amerikanische Denkschrift, die in Hoovers Auftrag von Castle und Morrow entworfen worden ist, umfaßt sieben Schreibmaschinenseiten und bringt u. a. deutlich zum Ausdruck, daß Frankreich durch die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages im Laufe des nächsten Jahres rund 100 Millionen Dollar mehr einbüßen würde, als wenn es dem Hoover-Plan zustimme. Zweifellos werde Deutschland, wenn der Hoover-Plan abgelehnt werden sollte, ein Moratorium für die geschuldeten Zahlungen erklären. Selbst unter der Voraussetzung, daß Deutschland fortfahren würde, die ungeschuldeten Zahlungen zu leisten, werde Frankreich zwar annähernd 105 Millionen Dollar erhalten, andererseits aber gezwungen sein, 106 Millionen Dollar als Garantiefonds an die RZB, und weitere 110 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten und England abzuführen.

Das bedeutet also einen Verlust von 100 Millionen Dollar. Ferner wird erneut betont, daß die Gefahr einer Krise in Deutschland noch immer droht. Schon der Hoover-Plan habe das Vertrauen wiederherstellen lassen. Die Bedingungen, die Frankreich an die Annahme des Vorschlages knüpfen, hätten nicht im Einklang mit dem Geiste des Vorschlages des Präsidenten. Sie seien vielmehr geeignet, die heftigste Opposition für Deutschland zu verhindern.

Das Memorandum wendet sich dann einzelnen umstrittenen Punkten zu. Amerika sei der Ansicht, daß sämtliche gestundeten Zahlungen über einen Zeitraum von 25 Jahren funktionsfähig werden sollten, und zwar in einem Rhythmus, der dem von den Gläubiger-

regierungen auf die eigenen öffentlichen Schulden gezahlten Durchschnittsentspreche. Wesentlich sei natürlich, daß die Zahlungen auf Grund aller bestehenden Abmachungen nach Ablauf eines Jahres wieder aufgenommen werden. Auf diese Weise wäre die Fortdauer der genannten Abmachungen keineswegs gefährdet. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei damit einverstanden, daß Deutschland den ungeschuldeten Teil der Annuitäten an die RZB, abführe, vorausgesetzt, daß der Betrag der Reichsregierung auf dem Anleihegesetz unverzüglich zurückerstattet werde.

Aber der französische Wunsch, daß von der genannten Anleihe die hauptsächlichsten Mittel der deutschen Industrie und Finanzkonglomerate zur Verfügung gestellt werden sollten, sei mit dem Plane Hoovers unvereinbar. Die Regierung der französischen Regierung, den Betrag von 25 Millionen Dollar aus ungeschuldeten Zahlungen besonders geschädigten mittel-europäischen Ländern in Anleihenform zugewiesen, stelle eine Verletzung des Hoover'schen Vorschlages dar. Dagegen schlägt Amerika vor, daß diese relativ kleine Summe den in Frage kommenden Ländern durch eine korporative Aktion der Zentralbanken oder der RZB, gegeben werde.

Die Washingtoner Regierung stellt in der Frage der Rückzahlung der gestundeten Beträge fest, daß sie auf einer fünfjährigen Laufzeit bestehen bleibe, doch sei eine Einigung über diesen Punkt nicht unmöglich, sofern andere Streitfragen auf der Welt gelöst würden, insbesondere wenn während der nächsten zwei Jahre keine Rückzahlungen geleistet zu werden brauchten.

Torpedo gegen Young-Plan

Frankreichs Presse ist beschimpft

P. Paris, 2. Juli. (Fig. Funk.)

Das amerikanische Memorandum wird in den wenigen französischen Zeitungen, die zu ihm Stellung nehmen, fast durchweg ungünstig beurteilt. Nur der offiziöse Petit Parisien stellt fest, daß das Dokument in einer persönlichen, die französische Lage würdigenden Form gehalten sei und die Tür zu weiteren sachlichen Verhandlungen offen lasse.

Der Matin gibt kein Werturteil ab, erklärt aber, daß Frankreich unter Berücksichtigung der prinzipiellen Vorbehalte, die die Regierung in Uebereinstimmung mit dem Parlament, klar formuliert habe, nicht absteigen dürfe, damit es in einem Jahr sagen könne, es habe lokal an einem Unternehmen teilgenommen, das man als einen edelmütigen, aber letzten Versuch zur Besserung der deutschen Kreditmentalität betrachten könne.

Das Journal schreibt, daß das amerikanische Memorandum nicht dazu ansetze, eine Lösung zu erleichtern. Besonders sein Ton sei ärgerlich, da er den Anschein einer gerichtlichen Forderungsaufforderung habe. Es sei ein sonderbarer Vorzug, Frankreich Beschlüsse aufzwingen zu wollen, für die es allein zu entscheiden habe. Diese Taktfehler seien um so bedauerlicher, als sie in keinem Verhältnis zu den Meinungsverschiedenheiten ständen, die durchaus nicht unlösbar seien. Der wahre Grund des Konfliktes zwischen Frankreich und Amerika bestehe darin, daß die Initiative Hoovers als ein gegen den Young-Plan gerichteter Torpedo angesehen werden müsse.

Das Echo de Paris bezeichnet die amerikanischen Vorschläge als unannehmbar. Die in dem Memorandum angeführten Gründe seien nicht überzeugender als am ersten Tage, an dem sie zum Ausdruck gebracht worden seien. Der Kern des ganzen Unternehmens sei, daß die amerikanischen Bankiers, die über die politische Lage Deutschlands sehr beunruhigt seien, ihre Kapitalien zurückziehen möchten und den Wunsch hätten, daß französisches Geld an ihre Stelle trete. Frankreich habe dem amerikanischen Vorschlag in weitgehendem Maße zugestimmt, aber in der Frage des Garantiefonds könne es nicht kapitulieren.

Das Rätsel Stalin

Von Elias Surwitz

Kurz hintereinander erscheinen neuerdings zwei Arbeiten über Stalin: die eine bringt Erinnerungen seines früheren Privatsekretärs Boris Bajanow, die andere eine große Biographie Stalins von Essad Bey, und noch eine dritte Arbeit ist, wie verlautet, in Vorbereitung! Zweifellos ein Zeichen der Zeit. Denn je mehr der Fünfsjahrplan die Aufmerksamkeit Europas in Anspruch nimmt, desto mehr überträgt sich diese Aufmerksamkeit auch auf den Urheber des Planes, den „wunderbaren Georgier“, wie Lenin ihn einst nannte.

Zwei Fragen sind es vor allem, die das Problem, das Rätsel Stalin ausmachen: Erstens: Wie ist dieser Mann, der nicht nur seinem Gegner Trotzki, der auch der ganzen sonstigen Welt als die „herrorragendste Intelligenz der Partei“ erscheint, und der lange Zeit der Welt, der russischen Öffentlichkeit selbst, vollkommen verborgen bleibt, zu seiner unerhörten Macht gelangt?

Und zweitens: Wodurch vermag er diese Macht auch heute noch zu behaupten?

Vergeblich sucht man, dem berühmten Vorbild anderer Privatsekretär-Aufzeichnungen folgend, Antwort auf diese Fragen in den Erinnerungen Bajanows, der am ehesten nur oberflächliche und flüchtige Eindrücke festhält. Weit aufschlussreicher ist die ausführliche Biographie Stalins von Essad Bey, aber sie muß mit Vorsicht genossen werden. Der Verfasser, der uns als „Landsmann Stalins“ präsentiert wird, hat den Kaufmann tatsächlich als Kind verlassen. Er berichtet daher vieles nur vom Hörensagen im Vertrauen auf die Gulläubigkeit osteuropäischer Leser und verfallt zum Teil bei der Ausgestaltung seiner Darstellung geradezu in den Stil von Hinterschneidern. Die Aufgabe der Kritik ist es, hier Lichtung von Wahrheit zu scheiden. Die Wahrheit aber ist diese:

Vor 51 Jahren wurde Stalin als Sohn eines georgischen Bauers namens Dschugaschwili in Zikisi geboren. Das väterliche Handwerk wollte er aber nicht erlernen. Der Vater tat ihn schließlich in ein geistliches Seminar (welch eine große Vorstellung: Stalin als Priester!). Aber schon der junge Seminarzögling läßt sich von sozialistischen Ideen hinreißen, nimmt Frühling mit den Arbeitern, wird aus der Anstalt ausgeschlossen, kommt in Konflikt mit der Polizei und wird schließlich nach Sibirien verbannt — der typische Weg eines russischen Sozialisten und Revolutionärs. Was aber Stalin aus der Masse der Gefangenen schon damals heraus hob, war rücksichtslose Tatkraft. Nicht Großtaten marxistischer Gelehrsamkeit, nicht überragende Intelligenz verschafften ihm einen besonderen Platz in der Partei der Bolschewiki, der er sich nach ihrer Abspaltung von der Sozialdemokratie anschloß, sondern Vererbung von Geld und Vorkenntnissen, die er im Kaukasus in den Jahren 1907 bis 1908 auf Weisung Lenins wiederholt ausübte: Laten, die „Expropriationen“ hießen . . .

Daß Lenin mit dieser kriminellen Kampfweise gegen den Zorismus den Joseph Dschugaschwili, späteren „Stalin“, betraute, zeigt, wie er ihn einschätzte. Diese rücksichtslose Energie für die Partei begründete aber weitere Vertrautheit — und als Lenin ins Ausland geht, wird Stalin zu einem Mittelsmann zwischen ihm und den Betreuen in der Heimat. Bewußt, die Vergangenheit als Expropriateur gab nur wenig Legitimation zu einer solchen Rolle, und Essad Bey wird wohl recht haben, wenn er diese einfach dadurch erklärt, daß die bolschewistische Fraktion in Rußland damals ohne geistige Führer gelitten war, die sich fast sämtlich im Auslande aufhielten.

Nach dem Umsturz änderte sich alles. Lenin und Trotzki, Kamenev und Sinowjew kehrten nach Rußland zurück, und Stalin, der auch vorher nicht geglaubt hatte, trat nun vollends in den Schatten. Aber er blieb nicht etwa untätig. Kamentschik im Bürgerkrieg spielte er eine aktive, wenn auch nach außen hin wenig hervortretende Rolle und wurde schon damals dem Generalissimus Trotzki manchemal recht uneben. Es entsprach durchaus diesem ganzen Schattensein Stalins und seiner Vergangenheit, daß er einen internen Posten übernahm: den des Generalsekretärs der Partei. Aber auf diesem Posten laufen

Deutsche Sachlieferungen

D. Berlin, 2. Juli. (Fig. Funk.)

Wie man hier an unterrichteter Stelle erfährt, läuft Amerika neuer Vermittlungsvorschlag darauf hinaus, die ungeschuldeten Annuitäten bis auf weiteres durch deutsche Sachlieferungen sichern zu lassen.

Deutschland soll zum Zweck der Finanzierung dieser Sachlieferungen langfristige Schuldverreibungen in Höhe von rund 450 Millionen Reichsmark jährlich ausgeben. Die Tilgung ist in 25 gleichen Raten, und zwar in der Zeit von 1933 bis 1958 gedacht.

Polizei und Arbeiter

Ein Appell der organisierten Polizisten an die politische Vernunft des Volkes

Der Reichsbund Deutscher Polizeibeamten wendet sich mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit:

„Im Laufe weniger Tage sind zwei Berliner Polizeibeamte des Vereinstätigenbüros von ruchloser Hand gemordet worden. In Erfüllung ihrer Dienstpflichten für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Sicherung des republikanischen Staates setzen die Polizeibeamten täglich Gesundheit und Leben aufs Spiel. Bei allem Verständnis, das die Polizeibeamtenschaft der Mordtate und der Verurteilung dieser Missetäter entgegenbringt, muß sie ihren tiefsten Abscheu gegenüber jenen unverantwortlichen politischen Quertreibern zum Ausdruck bringen, die nunmehr seit Wochen eine wüste Hetze gegen die Polizei betreiben und die daher die wirkliche Schuld an den zu beklagenden Todesopfern trifft.“

Die Mitglieder des Reichsbundes Deutscher Polizeibeamten betonen sich dagegen, daß unter dem Deckmantel einer sogenannten politischen Arbeiterbewegung die in der Tat befindlichen Teile der Bevölkerung verhetzt und gegen die an dieser Rot unerschuldeten Polizeibeamten mobil gemacht werden. Sie selbst müssen trotz ihrer kümmerlichen Existenzbedingungen neue und schwere Opfer bringen. Die Mitglieder des Reichsbundes Deutscher Polizeibeamten haben durch ihre Zugehörigkeit zur freigeistlichen Arbeiterbewegung wiederholt ihre Solidarität mit den Massen des Volkes der Arbeiter und Angestellten bewiesen. Sie zählen sich zu den treuesten Dienern des republikanischen Volkstaates. Diese ihre Einstellung gibt ihnen das Recht, mit allem Nachdruck zu verlangen, daß dem überhandnehmenden unverantwortlichen Treiben politischer Quertreiber ein Ende gemacht wird. Wir erwarten daher von allen republikanischen Völkervereinigungen, daß sie sofort die erforderlichen Vorkehrungen treffen.“

Jeder Arbeiter, der sich in diesen Zeiten seine politische Vernunft bewahrt, muß der vorstehenden Erklärung zustimmen. Wir haben schon mehrfach betont, daß das gewalttätige Treiben der Rechts- und Linksextremen mit Politik wenig zu tun hat. Noch weniger hat es mit Klassenkampf zu tun, wenn die Kommunisten ihre Anhänger gegen die Polizei hetzen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft jedenfalls will mit diesem Treiben nichts zu tun haben und hat in ihren eigenen Reihen immer dafür gekämpft, daß den Volksgenossen im Polizeirock ihr aufreibender Dienst nicht sinnlos erschwert wird.

Die unschuldige SPD.

SPD. Der preussische Innenminister wird in den nächsten Tagen einen neuen Erlass über das Einschreiten der Polizei herausgeben. Den letzten Erlass zu diesem Erlass gab die jüngste Mordtat an einem Berliner Schupo-Beamten. Vorläufig konnte noch nicht festgestellt werden, wer bei der Demonstration in der Frankfurter Allee am Dienstagabend den tödlichen Schuß auf den Beamten abgegeben hat. Aber darüber, daß diese Demonstration planmäßig vorbereitet war und diese Vorbereitung von Kommunisten ausging, ist nach dem bisherigen Verlauf der Untersuchung kein Zweifel mehr möglich. Wenn trotzdem die Zentrale der SPD, ihre Hände wieder einmal in Unschuld wäscht und erklären läßt, daß weder von ihrer zuständigen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg noch von irgendeiner

anderen Organisation der SPD, die Demonstration in der Frankfurter Allee veranlaßt worden ist, so besagt das nichts. Die SPD hat noch niemals den Mut befallen, für ihre Handlungen offen und ehrlich einzustehen. Solange sie besteht, geht ihr Sinn und Trachten dahin, ihre Anhänger mit der Staatsgewalt in Konflikt zu bringen, sie vor die Klinten der Polizei zu treiben. Ist es soweit, dann stellt sie sich aus Freiheit dumm, als ob es keinen legalen Klub auf der ganzen Welt gäbe als die SPD. So geht es nicht weiter! Die Polizei ist kein Feindbild.

Der Berliner Polizeipräsident hat auf die Ergreifung des Täters, der am Dienstagabend in der Frankfurter Allee einen tödlichen Schuß auf einen Polizeibeamten abgab, eine Belohnung von 8000 Mark ausgesetzt. Außerdem hat er auf Veranlassung des preussischen Innenministers verboten, daß das Abgeben der Spartaflade weiter getragen wird. Wer sich gegen dieses Verbot verzeht, wird zwangsgestellt werden.

Im Verlauf der politischen Abwehraktion gegen das Rotwambum wurde am Mittwoch u. a. auch in dem Berliner Hauptquartier der Spartaflade eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

Die Hausdurchsuchung

Berlin, 2. Juli. (Fig. Funkspr.) Die Hausdurchsuchungen in dem Berliner Hauptquartier der von den Kommunisten geplanten Spartaflade haben zu der Beschlagnahme von umfangreichem Propagandamaterial geführt. Aus einem gleichzeitig beschlagnahmten Schriftwechsel soll sich ergeben, daß die Spartaflade nicht, wie von den Kommunisten in den letzten Tagen immer wieder behauptet wurde, als rein sportliche Veranstaltung, sondern als groß angelegte politische Demonstration gedacht war.

Sozialistischer Studentenprotest in Berlin

SPD. Berlin, 2. Juli. (Fig. Funkspr.) Die linksgerichtete Berliner Studentenschaft protestierte am Mittwoch öffentlich gegen das Kommando an der Berliner Universität und forderte die Lehr- und Lernfreiheit. In einer von der sozialistischen Studentenschaft während einer großen Kundgebung im Lehrervereinshaus angenommenen Entschließung heißt es, daß die Terrorakte der nationalsozialistischen Studenten planmäßig vorbereitet worden sind und als gemeine Missetaten auf anderdenkende betrachtet werden müßten. Die von dem Rektor der Berliner Universität getroffenen Maßnahmen seien in keiner Weise geeignet, dem Kommando der Nationalsozialisten entgegenzutreten. Die sozialistische Studentenschaft protestiert deshalb auch gegen das Verhalten des Rektors, fordert die Anwendung schärferer disziplinarischer Maßnahmen gegen die Verantwortlichen der letzten Kravalle und verlangt ferner die Auflösung der nationalsozialistischen Gruppen an der Universität.

Ueberflüssige kommunistische Studententravalle

Am Mittwoch kam es in und vor der Berliner Universität wieder zu Zusammenstößen. Diesmal waren es die Kommunisten, die den Kravallführern von der anderen Fakultät zeigen wollten, daß sie ebenso randalieren können wie jene. Als die Polizei einen kommunistischen Agitator feststellen wollte, der trotz dem Verbot der Polizei im Universitätshof eine Rede zu halten versuchte, leisteten die Kommunisten Widerstand. Es kam zu einem Handgemenge, in das die Polizei eingreifen mußte. Der kommunistische Agitator und eine kommunistische Studentin wurden verhaftet und der politischen Polizei übergeben.

alle Pläne des Volkes und sowohl auch des Staatslebens zu... (Text continues with political commentary on Stalin's plans and the role of the party and state apparatus.)

Der noch behalt Stalin seine hochfliegenden Pläne für... (Text discusses Stalin's political strategy and the role of the party apparatus.)

Es ist symbolisch, daß dies zum letzten Schreiben war... (Text reflects on the political situation and the role of the party apparatus.)

Stalins Regime ist ein Regime der Mittelmäßigkeit und... (Text analyzes the political regime and its impact on the party apparatus.)

Die Münchener Polizeidirektion hat endlich den schändlichen Unfug der uniformierten Bewachung des Hitler-Palais... (Text reports on the police actions and the role of the party apparatus.)

Endlich!

Die bayerische Regierung gegen die Uniformspieler im Braunen Haus - Ansammlungen von Hakenkreuzstudenten verboten

München, 1. Juli. (Fig. Drahtbericht.) Die Münchener Polizeidirektion hat endlich den schändlichen Unfug der uniformierten Bewachung des Hitler-Palais, der als eine fortgesetzte dreiste Herausforderung der Öffentlichkeit und der Staatsgewalt empfunden wurde, mit sofortiger Wirkung verboten. Das Verbot wurde auf Grund des § 8 der Rotverordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassen und untersagt grundsätzlich das Tragen einheitlicher Kleidung und der Abzeichen von politischen Vereinigungen für Nach- und Ehrenposten aller Art. Außerdem wurde die Beteiligung politischer Uniformierter an den täglich veranstalteten Standmusiken im Ortsbereich München sowie das Tragen von Abzeichen verboten.

Die Münchener Universität ist immer noch geschlossen. Die gegen die nationalsozialistischen Studenten eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, so daß das Kultusministerium noch keine Entscheidungen zu der Sache getroffen hat. Da die große Mehrheit der Studentenschaft die unerhörten Ständalktionen der Hakenkreuzler auf das entschiedenste verurteilt und den Ausschreitungen fernsteht, soll die Universität in einigen Tagen wieder geöffnet werden. Inzwischen verbot die Polizeidirektion München eine öffentliche Verklammerung der Hakenkreuzstudenten, in der die Negarbeit der akademischen Hitler-Agitatoren fortgesetzt werden sollte.

Um die Regierung zu einer öffentlichen Stellungnahme zu den Nazihetzerien in der Universität zu zwingen, hat die sozialdemokratische Fraktion im Bayerischen Landtag eine Anfrage eingebracht, in der es heißt: „Wie lange gedenkt das Gesamtministerium als oberste Aufsichtsbehörde der seit Jahren betriebenen Verheerung der studentischen Jugend durch die nationalsozialistische Propaganda noch untätig zuzusehen? Ist sie endlich bereit, zum Schutze des Lehr- und Lernbetriebs an den bayerischen Hochschulen und zur Erhaltung ihres kulturellen Rufes rücksichtslos durchzugreifen?“

Horthy kann zufrieden sein

Die Opposition abgewürgt

N. Budapest, 1. Juli. (Fig. Drahtb.) Die ungarischen Parlamentswahlen sind beendet; ihr endgültiges Ergebnis ist erst am heutigen Donnerstag zu erwarten. Immerhin steht bereits fest, daß unter dem Terror der Behörden die Regierungsmehrheit außerordentlich stark geworden ist. Von der Opposition wurden nur 5 Kleinlandwirte und 2 Sozialdemokraten gewählt.

Stillelegung der griechischen Spinnereien

M. Athen, 2. Juli. (Fig. Funkspr.) Die griechischen Textilindustriellen haben beschlossen, ihre Spinnereien und Webereien stillzulegen. Von dieser Stilllegung würden 25000 Arbeiter betroffen. Ihr Zweck ist, die Regierung unter Druck zu setzen, um eine Ermäßigung gewisser Zölle für Textilwaren und wichtige Rohstoffprodukte zu erreichen.

Sächsisches Finanzjelen

Schwierige Staatsberatungen

Der Landtag steht augenblicklich im Zeichen der Staatsberatungen. Die wichtigste parlamentarische Arbeit bezeugt größter Schwierigkeiten, die durch die ungünstige Wirtschafts- und Finanzlage des Staates ausgelöst sind. Kommunisten und Nationalsozialisten stellen hemmungslos Agitationsanträge, die einen, um ihrer oberflächlichen Propaganda zu dienen, die anderen, damit ihre Regierungslehren nicht vielleicht doch noch erfüllt wird. Die Sozialdemokratie geht bei ihrer Tätigkeit von den Interessen der minderbemittelten Bevölkerungsschichten aus. Wie sie sich endgültig zum Etat einstellt, wird sie von der gesamten politischen Situation abhängig machen.

Inzwischen hat sich bereits eine Staatsverschlechterung von fast 35 Millionen Mark bei dem sächsischen Etat ergeben, der etwa 400 Millionen Mark umfaßt, eine gewaltige Summe. Der Minusbetrag setzt sich nach eingehenden Darlegungen des Finanzministers aus einer

Wenigereinnahme beim Kapitel Forsten, bei den staatlichen Kraftwagenlinien, bei der Landeslotterie und bei den sächsischen Werken, sowie aus einem Steuerausfall von beinahe 25 Millionen Mark zusammen. Das Minus an Reichsteuereüberweisungen beträgt allein 2 686 000 M. Der Ausfall an Landessteuern wird auf 1 225 000 M. beziffert. Die Schätzungen des Reichsteuervertrags sind also viel größer erfolgt als die der Landessteuern. Die Zahlen zeigen, wie konjunkturgebunden der Etat ist. Es kommt hinzu, daß infolge der Erhöhung der schwebenden Schulden im Vorjahre 2 800 000 M. erhöhter Zinsendienst in den Etat eingestellt werden mußte. Bis hier hat der Landtag den von der Regierung vorgelegten Entwurf zum Haushaltplan um 15 Millionen M. überzogen. Ferner rechnet man mit Winderträgen aus der Witzinssteuer infolge der am 1. Januar 1932 eintretenden Steigerung der Zinsen der Aufwertungsanleihe um 2 1/2 Prozent. Außerdem dürften weitere Staatsverschlechterungen durch den noch härteren Steuerausfall eintreten, der für das Jahr 1932 erwartet wird. Eine Wirtschaftskrise wirkt sich in der Steuer erst nachträglich aus. Das schlechteste Finanzjahr wird vorausgesetzt, daß sich die Wirtschaftskrise nicht noch mehr verschärft, das Steuerjahr 1932 sein.

Das düstere Bild der sächsischen Finanzen wird, wie der sächsische Finanzminister scharf erklärte, kaum lichter werden, wenn der sogenannte Hoover-Plan durchgesetzt wird. Auch die letzte Reichsnotverordnung bringt den Ländern keine Hilfe. Der Staat könnte die Hälfte der Summe, die er durch die Kürzung der Beamtengehälter erspart, selbst verwenden. Die andere Hälfte muß er den Gemeinden zur Verfügung stellen. Die Regierung wird aber die gesamte Ersparnis — etwa 11 Millionen Mark — den Gemeinden überlassen, um sie vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Sonst ist der Staat in der Notverordnung nur noch an einer kleinen Webrinnahme aus der Umsatzsteuer, die für das ganze Reich 35 Millionen Mark L. trägt, beteiligt. Dabei werden jene unsozialen Bestimmungen der Notverordnung — wie die generelle Kürzung der Beamtengehälter und die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung oder der Einbruch in das Tarifrecht der Gemeindearbeiter — weitere Steuerausfälle bedingen und den Staat zu vermehrter Unterstützung in Fällen eintretender besonderer Notlage zwingen.

Sichtlich des Hoover-Planes ist von der Reichsregierung ausgesprochen worden, daß die erhoffte Ersparnis von 1500 Millionen Mark zur Abfüllung kurzfristiger Schulden des Reichs Verwendung finden soll. Die Defizite von Reich, Ländern und Gemeinden, Reichsbahn und

In Franzens Reich



„Beschwerden über Kapitalterror? — Merkwürdig, ich sehe und höre doch nichts!“

Vertical text on the left margin, likely a list of names or a sidebar, partially cut off.

Vertical text on the right margin, likely a list of names or a sidebar, partially cut off.

Am Schweinebestand des Ostdeutschen War
 Just in Wallroda, Nr. 42, die Schweinebest
 befreit worden (vergl. 28 23-26 der Landes-
 raturwissenschaften zum Viehwesen vom 23. 12.
 1911 - 20. 12. 1912 S. 31. In 205
 Dresden, am 30. Juni 1931.
 Die Amtsbauernschaft.

SPD, Gruppe Steinwolmsdorf
 Ein alter Kämpfer ist von uns gegangen!
 Der Witwenschein zur Kenntnis, daß der
 langjährige Genosse
Otto Kubasch
 im Alter von 83 Jahren gestorben ist.
 Seine Leiche wird am Freitag, den 2. Juli,
 nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Stein-
 wolmsdorf Nr. 8, aus
 19418

SPD, Gruppe Mickten Trachau, Kaditz
 Die herzlichsten Glück-
 wünsche unserm Genossen
Wilhelm Spanier
 und seiner Gattin
 zu ihrer am Freitag stattfindenden
 goldenen Hochzeit.
 Th. 128

Dachpappen
 leicht beschädigte und **Brandrester**
 hat abzugeben [1713]
 „Daveda“, Rönkestraße 57
 Dachpappenfabrik

Volkshaus Dresden-West
 Arbeiterheim, Hebbelstraße 35 b
 Straßenschnittlinie 14
 Morgen 1/8 Uhr:
Große Hauptprobe
 an dem im Juli stattfindenden Konzert der
 Reichsbannerkapellen Dresden u. Freital
 100 Musiker! Eintritt frei!
 Morgen Freitag:
Großes Schlachtfest
 und Gartenkonzert
 Sonnabend: 10 170
Gaststuben-Konzert
 ausgeführt von erstklassigem Musikensemble
 Sonntag:
Sommerfest
 der SPD.
 Gartenkonzert, Nebenterrassen, Gabenverteilung
 Lang, Beginn 1/4 Uhr.

**FREITAG-
 SPAR-
 ANGEBOT**



**Bade-
 Mantel**

für Damen (wie
 Abbildung) auch
 moderne Herren-
 formen in guten
 gemusterten
 Fräsestoffen

Nur
Freitag
5⁹⁰

**HERMANN
 TIETZ**
 Das Warenhaus am Postplatz

Gaststätte zum Städtischen Schlachthof
 Angenehmer Aufenthalt in dem schönen Garten mit herrlichen Terrassen
Jeden Freitag Schlachtfest 10 614
 # Spezialitäten # Münchner Schlachtkübel 1.- 200.

Warten-Fahrräder
 u. a. Brennabor, Opel usw. (auch Wallant) zur Ver-
 leihung bzw. Verkauf, zu jedem annehm-
 lichen Preis. Schröder, Grünauer Straße 12. [1231]
Beckers, Hans
Wie ich zum Tode verurteilt wurde
 Die Marinetragödie im Sommer 1917
 Preis M. 1.-

Wegen **Liquidation** unserer Gesellschaft
 Verkauf **weit unter Friedenspreisen**

Edelholz-Schlafzimmer

Je bestehend aus:
 1 Kleider- und Wäscheschrank, 2 m breit
 2 Betten, 1x2 m
 2 Nachtschränken, 1 Frisiertoilette

Ausführung:
 Bubinga mit Flocken Mahagoni anpoliert . . M. 690.-
 Flocken Mahagoni mit Bubinga anpoliert . . M. 690.-
 Riegel Mahagoni mit echt. Rosenholz anpol. M. 760.-
 (gerundet)

Lieferung **direkt ab Fabrik**
 Besichtigung bei der Herstellerfirma
Deutsche Werkstätten A.-G. Hellerau b. Dresden
 oder
Dresden, Trompeterstraße 18, I. Etage, links
 (nahe Prager Straße)

Normen-Möbel G. m. b. H.
 in Liquidation

Arbeiter, Beamte, agitiert für die Dresdner Volkszeitung

Gesucht
 wird durchaus zuverlässiger, ehrlicher
 und treuer
Verwalter
 der geeignet ist, einem größeren Gast-
 wirtschafternehmen, das aus Garten,
 Restaurationsgebäude, Sitzungssim-
 mern und Versammlungsräumen nebst
 Kegelbahn besteht, vorzustehen.
 Es wird nur reflektiert auf eine durch-
 aus erste Kraft, die energisch genug
 ist, einen solchen Betrieb zu organi-
 sieren, zu überwachen und in ent-
 sprechender Weise vorwärts zu bringen.
 Persönliche Angaben, die sich auch er-
 strecken müssen, ob die Frau der
 Küche vorstehen kann, werden unter
 A. N. W. 120 an die Expedition dieses
 Blattes erbeten. [1657]

Ab heute Donnerstag:
Henny Porten

Die blonde Königin des deutschen Films
 in ihrem schönsten Tonfilm-Lustspiel

Skandal um Eva

Weitere Darsteller: Paul Henckels, Osk. Sima,
 Käte Haack, Adele Sandrock, K. Ettlinger
 Regie: **G. W. Pabst**
 W. 4, 1/7, 1/9 ♦ S. 1/3, 1/5, 1/7, 1/9

Kammer-Lichtspiele
 Wildruffer Str. 29 (am Postplatz) [1261]

Gloria-Palast
 LICHTSPIELE
 Verlängert
 bis mit Montag!
 Der Tonfilm,
 der allen gefällt!
Räthe Dorch
 in
Die Lindenwirtin
 mit [1031]
 Fritz Schulz
 Das Wädel
 Hans Beim Holmann
 Wochen: 4 u. 1/2 Uhr
 Sonnt.: 4, 1/2, 1/9 Uhr

FÜRSTENHOF LICHTSPIELE
 Verlängert
 bis mit Montag:
Hans Albers
Charlotte Eula
 in Richard Oetters
 Wädelwert
Der Greifer
 Attraktion
 im Nachtclub
 Der große Kriminal-
 und Pleurtonfilm aus
 Londons Nachtleben
 Wochen: 6 u. 1/2 Uhr
 Sonnt.: 4, 1/2, 1/9 Uhr

Wenn's keiner macht
Oswald Nacht!
1 Eisenbahnzug
 mit circa
25 Waggons
Möbel
 enthält mein Lager
 in **Schlafzimmern**
Gestern- u. Speisezimmern
Küchen
 und Einzelmöbeln
Chaiselongues
 von 30 RM. an
 Sofas von 80 RM. an
Bettstellen
 u. **Matrassen**
 billige
Einjährige Zahlungsweise
Möbel-Nachts
 Hauptlager
 Kapfstraße 11, 1.
 u. 2. Etage
 Ecke Dillitzer Straße.

Billige
 gute [1269]
Weine
 vom Fab
 zu hat mit Beson-
 derheit
gratis!
C. Spielhagen
 Annenstraße 9
 Sauter Straße 9
 Geleierstraße 9

Warum zahlen Sie noch Miete?
 wenn Sie sich mit gleichen Ausgaben
 ein Eigenheim schaffen können!
Warum zahlen Sie noch Zinsen?
 wenn Sie Ihren Besitz bei gleichen
 Zahlungen entschulden können!
 Wir geben Ihnen billige, unkündbare Spar-
 Darlehen bei prämienvoller Lebensversicherung
 ohne ärztliche Untersuchung bis RM. 25 000.
DEUTSCHE BAUSPARKASSE
 BERLIN W8, UNTER DEN LINDEN 16 u. Gegründet 1929
 Stand vom 15. Juni 1931: 11 000 Bausparverträge!
 Schon wieder fast 3 Millionen RM.
 zugeteilt, laut notarieller Urkunde
 damit innerhalb
14 Monaten 7 1/2 Millionen RM.
 Alle zuteilungsberechtigten Sparer wurden zugeteilt.
 Generalvertretung **Chevalier: Paul Kramer**, Dresdner Str. 21, I.
 Vertrauenswürdigste Mitarbeiter gesucht. [1261]

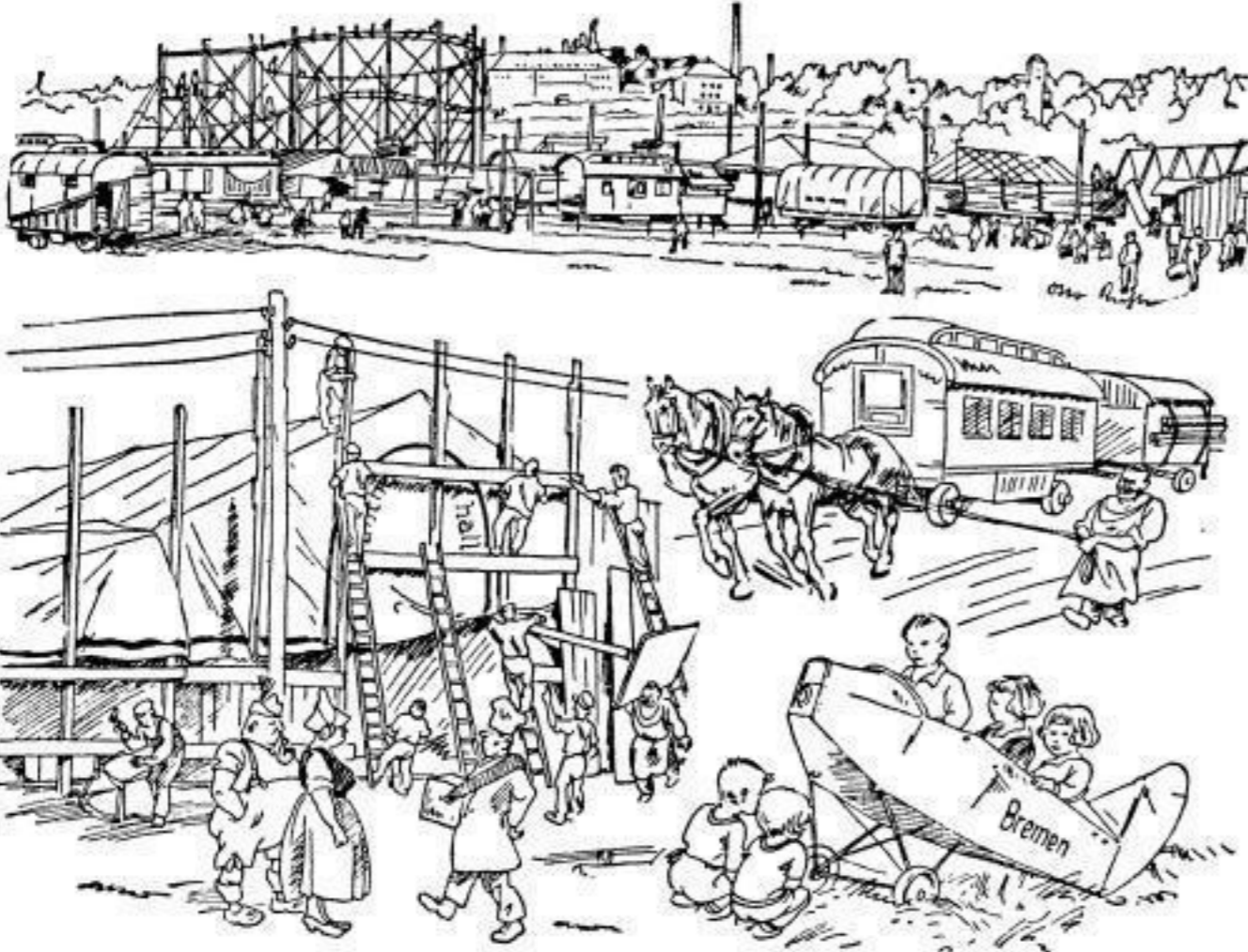
GEG
 Allerfeinste, neue
Matjes-Heringe
 sehr zart und fett . . Stück **20 Pf.**
 Neue
Kartoffeln Pfund **11 Pf.**
 Neue
saure Gurken Stück **12 Pf.**

**Konsumverein
 VORWÄRTS**
 Abgabe nur an Mitglieder

Eisheernte
 Eismaschinen
 Aufschneider
 in Fabrik, 1. Preis
Otto Braichen
 Trompeterstr. 15
 Ortrantenstr. 15

Abgetertes Zimmer
 zu vermieten bei Herrn Graf,
 Spildauer Straße 106, 3.
 Etage, Tel. 1. 15. 18. 22

100 Anzüge
 neu, 4 25 und 30 RM., in
 verlaufen
Kalle, Am See 12
 am Ostplatz



Vogelwiese im Aufbau

11. Alle Jahre wieder zimmern eifrige Hände die lustige, kurzlebige Stadt aus Holz, Leinwand und bunter Farbe, die Dresdner Vogelwiese. Noch ist alles erst halbfertig, noch hat die vielstimmige, akute Sirenenstimme nicht eingelebt, schreit aus Leierfäden, Weisenstimmen Pfeifen, Singeln, Wogenrasseln. Dennoch ist der irakabendliche Platz von Hunderten von Menschen erfüllt. Waren ihre milden, schüchternen Schritte nicht, so könnte man sich an den Rand von Paris verlegt glauben. Die Kustertheit des barten Tages ist einer milden Verwitterung gewichen, in der die Konturen weich und bläulich schimmern und alles geheimnisvoll und schwerelos wird. In den Wohnwagen sind die Fensterchen erleuchtet, durch das dunkle Gardinenmilieu schimmert es wie aus weissen Bauernhäusern: Männer, Frauen, Kinder eug um die Petroleumlampe gekräftigt und allerlei sehr häuslich-tugendhaften Verordnungen hingeworfen. Ueberall raus noch das Gitter- und Sparrenwerk in die Luft, nur die „Gute Quelle“, ein großer Saal, ist schon in vollem Betrieb. Zwar fehlen noch das Podium und die Rollenständer, aber die

Musiker haben sich um einen Tisch versammelt, lehnen die Notenblätter an die Biergläser und blasen so leise und laut, daß die ganze gemalte Vereinigung an den Wänden ins Wackeln kommt. Ihre weniger glücklichen Berufskollegen haben draussen an die Bretter ihre Tislerien gesetzt, auf Papier aus Schulbüchern geschrieben und verführerisch mit Esszett gezeichnet: „Vogelwiesenorchester zu zeitgemäßen Preisen“, „Musiker für die Dresdner Vogelwiese frei!“ Eine russische Balalaikafamilie hat sogar ihr Bild mit angeheftet. Aber auch Gläserbröder zu drei Mark, Schränke, Winkelreihen und alle möglichen Dinge werden auf diese Weise angeboten. Trotz der späten Stunde wird noch gearbeitet. Zwei Frauen mühen sich, einen Verkaufstand zu zimmern, ein Chauffeur ist in der Dunkelheit mit seinem Wagen festgefahren und versucht aus der Hölle wohlmeinender, aber sehr verschiedenartiger Ratschläge den richtigen herauszufinden. Trotz dem regen Treiben gehen sich die Schausteller keinen übertriebenen Hoffnungen hin. Die Zeiten sind allzu hart.

Dresdner Chronik „Werkschüler“

1! In den letzten Tagen erschien ein Roman von A. Garcia „Briuaner“. So gut der Verfasser auch die einzelnen Schülertypen gezeichnet hat, wir gehen doch nicht restlos befriedigt von der Lektüre dieses Buches fort. Ein Schülertyp fehlt noch, der „Werkschüler“. (Er fehlt übrigens in fast allen Schülerbüchern.) Vielleicht ist dieser Mangel im Wesen des „Werkschülertums“ begründet. „Werkschüler“, dies Wort und dessen Sinn kennt jeder; wer aber hat jemals etwas von „Werkschülern“ gehört? Sie haben keine Organisationen, wie Stellenvermittlung und Hilfsvereine, jeder ist auf sich selbst angewiesen.

Wir leben in der Zeit des Berechtigungsweffens. Behörden und freie Berufe glauben, wenn sie von ihren Verursachern Abiturienteneramen verlangen, gerechte Ansprüche zu stellen. Diese Ueberföschung der Vorbildung ist mit die Ursache dafür, daß alle Kinder, deren Eltern ihnen eine „bessere Zukunft“ sichern wollen, den Weg durch die höhere Schule gehen müssen. Hier liegt auch die Ursache für das Vorhandensein des „Werkschülertums“.

Die unbedeutenden Schüler der Oberklassen empfinden es bitter, daß sie ihren Eltern so „nutlos“ auf der Tasche liegen. Sie wollen ihnen helfen, den Schulbesuch zu Ende zu führen, sie wollen ihren eigenen Ansprüchen mit eigenen Mitteln gerecht werden, denn die Eltern sind nicht immer in der Lage, ihren Kindern Bücher und Noten zu kaufen oder ihnen den Besuch eines Theaters zu ermöglichen.

Das gebräuchlichste Mittel, diesem Uebel Abhilfe zu schaffen, waren von jeher Nachhilfestunden. Sie werden mit 1 M. bis 1,50 M. je Stunde ganz anständig bezahlt. Die meisten Oberklassiker sind froh, wenn sie in der Woche 1 bis 2 Stunden geben können, denn bei der großen Anzahl der Angebote muß man damit schon zufrieden sein. Es gibt aber auch Schüler, die sechs und mehr Nachhilfestunden in der Woche abhalten; das sind die Kapitalisten unter ihren Leidensgenossen. Unmöglich bei dieser Arbeit ist, daß die Wohnungen der Nachhilfestüler oft weit auseinanderliegen und somit viel Zeit zur Anfahrt verschwendet werden muß.

Nicht minder beliebt ist das Musizieren. Zwei bis vier Schüler gründen eine Kapelle, die dann in Vorstadtkapellen oder im Sommer in Ausflugskapellen „Stimmungsmusik“ fabriziert. Auch sie werden gut bezahlt, doch nach einer „langen Nacht“ wollen die Augen im Unterricht nicht mehr richtig mitmachen.

Nebengewandte und sprachkundige Schüler führen an Sonn- und Ferientagen Kreise durch die Stadt und ihre Umgebung. Der Vorteil dieser Arbeit ist, daß nicht nur gut verdient wird, sondern daß der betreffende Schüler auch mit Ausländern zusammenkommt, was ihm zur gründlichen Erlernung einer Fremdsprache sehr zuträglich kommt.

Der Rest der „Werkschüler“ stützt sich auf alle anderen Arbeitsmöglichkeiten. Da werden an Sonntagen zu großen Fußballspielen Aklamezettel verteilt; andere fahren abends per Rad Rundereisen aus oder tragen irgendwelche Zeitungen und Zeitschriften in die Häuser — kurzum, es wird alles gemacht, was nur einigermaßen bezahlt wird.

In den Ferien gehen viele Schüler in die Fabriken, Kantinen und zu den Bauern. Von dem in dieser Zeit erworbenen Geld kann ein Anzug oder Mantel, ein Paar Schuhe oder Wäsche gekauft werden. Den Eltern ist schon wieder eine Sorge abgenommen.

Das „Werkschülertum“ nimmt immer mehr zu. Hoffen wir, daß es dem einzelnen hilft, daß aber auch die „Werkschüler“ ein richtiges Bild von der Arbeit und den Arbeitern aus den Fabriken und Schreibern unter ihre Kameraden bringen.

Wohnungen im Stall

Der Rat zu Dresden schreibt uns zu unserer Kritik an den unmöglichen Wohnverhältnissen zweier Familien folgendes:

In der Monatsnummer der Dresdner Volkszeitung wird von zwei Familien berichtet, die in Altprechen in einem Stall und einer Scheune hausen. Wir teilen hierzu mit, daß die beiden Familien die Räume lediglich zur Einmahlung von Wäsche gemietet und eigenmächtig als Wohnung in Gebrauch genommen haben. Die Wohnfaktorpolizei hat ebenso wie der Hauseigentümer beide Familien zur Aufgabe der Räume aufgefordert, da sie zu Wohnzwecken nicht benutzt werden dürfen. Das Juristengemisch hat der einen Familie einen Geldbeitrag zur anderweitigen Unterbringung der zwei Töchter gegeben und hat weiter beiden Familien andere Räume angeboten, die unvergleichlich besser sind als die jetzigen. Obwohl ihnen auf diese Weise die Möglichkeit gegeben war, diese menschenunwürdigen Räume aufzugeben, sind sie weiterhin geblieben. Ueberdies haben beide Familien seit längerer Zeit vom Wohnungsamt einen Bewerbungsausweis, auf Grund dessen sie ohne weiteres eine Wohnung erhalten, wenn sie mit dem Hauseigentümer einig sind. Die eine Familie hat überdies vom Wohnungsamt mehrere Wohnungen von Amts wegen angeboten erhalten. Weitere Maßnahmen zur Beseitigung dieser unhygienischen Zustände sind im Gange.

Die unterschlagene Berichtigung

Im Oktober vorigen Jahres hatte das nationalsozialistische Blatt „Der Freiheitssampf“ zwei Artikel mit schweren Angriffen gegen die Allgemeine Christenanhänger Liga veröffentlicht. Nach den bei den Nazis üblichen Verfahren war u. a. auch von Ausbeutung der Masse durch Partei- und Gewerkschaftsbosse die Rede. Die Redaktion der Zeitung bekam zunächst eine Berichtigung zugesandt, die nicht der präzisierenden Form entsprechen konnte. Die Berichtigung wurde wiederholt. Es ist aber der Redaktion des Freiheitssampfes gar nicht eingefallen, sie zum Abdruck zu bringen. Offenbar scheute man die Managere.

Am Mittwoch nun stand der verantwortliche Schriftleiter Arno Franke wegen der Nichtaufnahme der Berichtigung einer öffentlichen Behörde vor dem Dresdner Amtsgericht. Auf den Vortrag der erwähnten Artikel wurde verzichtet, zur Verlesung kam lediglich die unterschlagene Berichtigung. Franke übertrug mit dem Einwand, auch diese zweite Berichtigung hätte nicht in vollem Umfang der präzisierenden Vorschriften entsprechen. Er bat um Freispruch, damit, wie er sagte, Weiterungen“ erspart würden; denn die Berichtigung halte keiner juristischen Nachprüfung stand.

Der Mann hat sich hier allerdings stark geirrt. Das Gericht, das die juristische Nachprüfung vornahm, ist nach den Worten des Amtsrichters „zur gegenseitigen Ansicht gekommen“. Und so geschah es, daß Franke wegen einer Uebertretung des Reichsgesetzes zu 50 M. Strafe oder 10 Tagen Haft verurteilt wurde. Mit der Verurteilung verband das Amts-

„Kund um den Sportplatzbau“

Eine Erklärung

Unter dieser Ueberschrift wird im Dresdner Hochschulblatt eine Erklärung veröffentlicht, in der die sozialistischen Studenten zu der unerhörten Arbeitsdienstpflicht Stellung nehmen, die die Dresdner Studentenschaft zur Errichtung ihres Sportplatzes durchzuführen hat. Die sozialistischen Studenten erklären, daß sie die Heranziehung von Studenten zur unentgeltlichen Werkarbeit beim Sportplatzbau der Studentenschaft als „eine Verstoßung der erwerbslosen Klassen auffassen“, und man hätte mit allen Mitteln versuchen müssen, der Not der größeren Gemeinschaft zu steuern.

Ein anmaßender Kommentar

Dieser Erklärung voran setzte der Leiter des studentischen Amtes für Sportplatzbau, Herr Fuell, einen mehr als anmaßenden Kommentar. Er wagt es, jenen niedrige Meinung unterzuschleichen, die aus innerem Verantwortungsgefühl gegenüber den Arbeitslosen diesen freiwilligen Arbeitsdienst der Studenten ablehnen und zu unterbinden versuchen. So schreibt er u. a.: „Als besonderer Vorgang sei hingewiesen auf das niedrige Beginnen gewisser Dresdner Volkserbtreter, die mit aller Macht erreichen wollten, daß uns Studenten unsere freiwillige Arbeit verweigert würde. Ausgehend von der demagogischen Phrase, wir nähmen Arbeitern durch unsere Tagelohnarbeit weg, glaubten sie sich berechtigt, in Sachen hincingutreden, die sie nicht das geringste angehen.“

Wir wollen Herrn Fuell auf das freche Geschwätz nur das sagen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter im Stadterwerbskollegium es sehr wohl als ihr Recht ansehen, sich in die Sache des Volkes des Dresdner Sportplatzes „hineinzumischen“. Es dürfte nicht erst nötig sein, Herrn Fuell zu sagen, daß die der Technischen Hochschule Dresden gestifteten 100.000 M. auch aus der Tasche der Arbeiter bezahlt worden sind, deren Vertreter er als Demagogen zu beschimpfen wagt. Wir hören allerdings die Hoffnung, daß sich große Teile der Dresdner Studenten finden werden, die sich gegen diese Anpreisungen wenden, denn sonst könnte es den Dresdner Studenten passieren, daß sie es noch einmal spüren, daß die Arbeiterschaft bei der Vergabung der Mittel, die ihnen zustehen, auch mitzureden hat. Herr Fuell findet sich weiter dazu, geradezu eine Kongressbestimmung gegen alle die zu werden, die es wagen, Kritik zu üben. Er schreibt wörtlich weiter:

„Daß all diese Quereingriffe den maßgebenden Stellen die Arbeit an und für unsere Kampfzucht nicht erleichtern, sondern unnötig erschweren, daß außerdem dadurch die Stimmung unserer Kommunitäten, die sich von unverantwortlichen Kreisen während ihrer Arbeit anstimmeln lassen müssen, diesen Kreisen gegenüber nicht allzu freundlich ist, läßt sich denken. Deshalb wird allen denen empfohlen, die sich auf unferem Platz herumtreiben, um nur zu

nörgeln und die Leute mehr oder weniger anzupöbeln, sich in Zukunft in acht zu nehmen, damit sie nicht einmal erleben, daß eine Belegkassette zur Selbsthilfe schreibt. Denn unsere Belegkassette wissen, was arbeiten heißt und wogu sie ihre viermal 8 Stunden Treck schippen.“

Nun, Herr Fuell mag wissen, was 8 Stunden Treckschippen heißt, aber das weiß er sicher nicht, was arbeitslos sein heißt. Und er hätte wirklich weit mehr die Pflicht gehabt, als Leiter des Amtes für Sportplatzbau in seiner mehr als heißen Uenge, anstatt zur Gewalttätigkeit aufzufordern, zur Mäßigung zu mahnen. Bei etwajigen Vorfällen wissen wir allerdings sehr, wo wir den Schuldigen zu suchen haben. Ueber die Tatsache, daß die Begeisterung unter den Studenten für den Sportplatzbau nicht groß ist, kann Herr Fuell durch all seine „Stimmungsbilder“ von der Begeisterung seiner Kommunitäten an dem Werk nicht hinwegtauschen. Wir wissen, daß Studenten ihre Schuafel weggeworfen haben, wir haben Hunderte von Anpreisungen von Studenten gehört über diese „verfluchte“ Zwangsarbeit. Vielleicht gibt Herr Fuell auch einmal in seinem Hochschulblatt bekannt, wie viele Gesuche über Arbeitsbefreiung eingegangen sind. Ob es wirklich bereits über 500 sind?

Und der Fall Högg

Ueber eine ralen wir aber vor allem Herrn Fuell in seinem Hochschulblatt zu berichten, ehe er wieder seine Zente zu schmutzigen Anwürfen gegen diejenigen verstreut, die aus ehrlider Einsicht ein Recht zur Kritik haben, über den Fall des Herrn Professors Högg. Wir haben bisher noch nicht ein Wort der Empörung darüber gelesen, daß dieser Professor der Technischen Hochschule Dresden, selbstverständlich auch Nationalsozialist, für den Entwurf des Sportplatzes allein 9400 M. geschuldet hat. Durch persönliche Verhandlungen mit ihm versucht man, recht stillschweigend diesen „Bankrott“ deckt, wie sich Herr Fuell selbst ausdrückt, zu besichtigen. Herr Fuell, der angeblich keinen Weg sah, wie er etwa fehlende 20.000 M. zur Einmahlung von Arbeitslosen ausbringen konnte, hat es schweigend mit gebildet, daß man diesem „Arbeiter“ allein 9400 M. gab.

Man soll nun sogar den „Kritik“ befehlen haben, diese 9400 M., von denen Herr Högg scheinbar nicht lassen will, vom Staat als Zuschuß zu erbitten. Da sich das zerschlagen hat, will man nun von privaten Seiten den „Lohn“ für Herrn Högg aufstreiden. Und sicher werden sich die privaten Kreise dazu finden, die sich niemals gekümmert hätten, wenn es sich um einen Zuschuß zur Einmahlung von Arbeitslosen gehandelt hätte.

Herr Högg ist ja aber kein Profet. Und Herr Fuell wird jücker mit der überall „in Sachen des Sportplatzbaues betriebenen Energie“ um das Geld für Herrn Högg anfangeln.

Vielleicht berichtet er über den Erfolg im Hochschulblatt.

Gegen die Schulreaktion

Stärkung der Nationalsozialisten

Am Sächsischen Landtag gab am Mittwoch der Eintritt in die Tagesordnung Abg. Raiser für die Wirtschaftspartei eine Erklärung ab. Darin heißt es, daß der Landtag, obgleich die allgemeine Wirtschaftslage notwendigerweise auf Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und die Sparpolitik der Staatsgeschäfte drängt, lediglich um des Agitationsbedürfnisses einzelner Parteien willen entgegen dem vorgelegten Etat Verrechnungen beschließen habe. Der Reibebetrag, der allein infolge Verringerung der Steuererträge auf 30 Millionen Mark veranschlagt sei, würde sich mit dem vom Landtag bis jetzt beschlossenen Vorrückungen auf über 50 Millionen Mark erhöhen. Für eine Fortführung derartiger Etatverrechnungen, die mit einem noch katastrophaleren Endergebnis abschließen müßten, könne die Wirtschaftspartei die Verantwortung nicht mehr tragen. Er halte deshalb an und für sich derartige weitere Verrechnungen für völlig zwecklos und werde deshalb bei der zweiten Lesung des Haushaltsplanes an den Abstimmungen nur noch deshalb teilnehmen, um in den Fällen, wo es auf ihre Stimmen ankommt, einen unausgeglichenen Etat werde sie unter allen Umständen ablehnen.

Darauf wird in die Beratung über den

Schuletat

einiger damit im Zusammenhang stehender Anträge und Anträge eingetreten.
Zu Kap. 70: Höhere Lehranstalten, liegt ein Auswahlantrag zur Einstellung von 200.000 M. für den Neubau der Dürer-Schule in Dresden und von 50.000 M. für den Erweiterungsbau der Schulbau-Oberschule in Leipzig (neue Position) vor. Eine sozialdemokratische Anfrage weist auf die Einstellung der Deutschen Oberschule in Rochlitz hin, die unter Aufsicht und mit Willen des Lehrkörpers in ganz einseitiger Weise nationalsozialistische Tendenzen vertritt und in Widerspruch mit der Verordnung vom 6. Februar 1930 liegt.

Zu Kap. 71: Volks- und Berufsschulen, liegen zahlreiche Anträge und Widerstandsanträge vor. Nach den Ausschussberichten sollen die Einstellungen für das Leben an Schulstellen zur Beschaffung von Schulräumen und deren erhaltende Ausbesserung von 1 auf 1,5 Millionen Mark erhöht werden. Die Regierung wird ersucht, für dauernd vollbeschäftigte Lehrer die erforderlichen Stellen zu beschaffen, den Gemeinden ausreichende Mittel zur Durchführung der verfassungsmäßigen Anstellungen (Lehr- und Veramittelfreizeit, Schulminderungen) zur Verfügung zu stellen, die Verordnungen über die Wiedereinführung des Kleinen Staatsschulsystems in den Volksschulen sofort aufzuheben, Kurschriften und Schwinmmen als ordentliches Lehrbuch einzuführen und die Schulbücher anzupassen, die Bücher von Reclam; im Besonderen die Bücher von Reclam für die Volks- und Berufsschulbücher einzuführen.

Der nationalsozialistische Arbeiterjugend

Der nationalsozialistische Abg. Siebert interpellierte die Regierung wegen der angeblichen Agitation des Reichsleiters der nationalsozialistischen Arbeiterjugend gegen die Erteilung des Religionsunterrichts, wegen der Auffassung des „Städteboten“ in Glauchitz bei Neija durch die „Freie Jugend“ als wird von einem Schmutz- und Schandstück nationaler Art und von einer fanatischen Veranlassung gesprochen und wegen des Monopols des Sächsischen Lehrervereins in Bezug auf die Herstellung von Lehr-, Lern- und Lehrbüchern für die sächsischen Volksschulen.

Die Sozialdemokratie für Schulfortschritt

Abg. Darsch (Soz.)

die Rolle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Genau so, wie Sie (zu den Nationalsozialisten) sich zu der Mitteltreue auf wirtschaftlichem Gebiete hergegeben haben, so sieht man auch, daß Sie in Bezug auf ihre kulturpolitischen Forderungen keinesfalls gewillt sind, etwa einen anderen Weg einzuschlagen. Die Leipziger Nationalsozialistischen Lehrerverein auf dem Parteitage in Chemnitz. Da hat der Redner, ein Herr Vierbrock, gesagt: Der Glaube steht höher als das Wissen, und mit diesem Satz haben Sie eigentlich ihre ganze kulturpolitische Einstellung glänzend offenbart. (Sehr gut h. d. Soz.) Der Glaube steht höher als das Wissen. Das ist Ihre ganze Stärke, denn Sie können sich politisch nur solange halten, solange auch die große Masse den Glauben noch höher einschätzt als das Wissen. (Sehr wohl h. d. Soz.) Und wenn die Masse einmal nicht mehr glaubt, daß Sie Erneuerer und Retter sind, und wenn sie einmal weiß, daß Sie die Verderber des Volkes sind, dann ist es mit Ihrer Sache vorbei. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Deswegen müssen Sie in ihrer kulturpolitischen Meinung natürlich die Töne vertreten, die Sie haben ja jetzt! Und so haben Sie auch auf dem Gebiete der Kultur- und Schulpolitik Ihre Antipie immer nach rückwärts gewendet. Ihre erzieherische Kultur wird von vier Dingen geleitet:

Glaube, Prügel, Drill und Krieg.

Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen solche Methoden wenden. In diesem Zusammenhang komme ich auf unsere Anfrage zu sprechen, die wir wegen der Zeitung der Oberschule Rochlitz eingebracht haben. Wenn Sie den § 4 Ihrer Verordnung vom Juli 1927 ins Auge fassen, dann gehört auf jeden Fall diese Zeitschrift an der Rochlitzer Oberschule unter die Zeitschriften, die unbedingt hätten verboten und deren Verbreitung hätte verhindert werden müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man darf doch nicht mit zweierlei Maß messen. Als die SPD für die Jungpolizei eine Schülerzeitung herausgeben wollte, da wurde von der Regierung sehr schnell verfügt, daß hinsichtlich der Verbreitung verbotswürdiger Druckschriften in den Schulen und unter der Schülerschaft auf die Verordnung hingewiesen wird und daß diese Verbreitung unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu unterbinden und zu verbieten ist.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung zur Aufführung der „Operation“ in Glauchitz. Das Stück mag wenig oder viel künstlerischen Wert haben — ich habe es nicht gesehen, kann das also nicht entscheiden —, ich entfinne mich aber, daß gerade Herr Siebert als ein sehr energischer und angeblich sehr sachlicher Theaterkritiker auch von den sächsischen Staatstheatern bespottet hat, daß mitunter Stücke aufgeführt werden, die wenig künstlerischen Wert hätten. Das kommt überall mal vor. Im übrigen bekannntgegeben hat. Daraus konnte man nämlich erkennen, daß die Hauptabsicht des Herrn Siebert in bezug auf die nationalsozialistische Tendenz dieses Stückes begründet ist. Und nun hat er in einer großen öffentlichen Enttäuschung das Wort ausgesprochen, daß es eine Kulturhandlung sei, wenn Kindern sogar so etwas gezeigt werde. Ich erlaube mir, den Redner der

eines Verbots der Verhängung von Geld- und Haftstrafen wegen Schulverfehlungen verlangt. Ein Antrag der SPD betrifft das Verbot für die Lehrer an den Volks- und Berufsschulen.
Der Eugenberger Vogel begründete einen Antrag auf Abänderung des Schulgesetzes in der Richtung, daß das Schulvermögen von dem übrigen Gemeindevermögen getrennt zu halten und zu verwalten ist.

Regierungserklärungen

Ministerpräsident Siebert

Die Schulzeitung der Deutschen Oberschule zu Rochlitz bringt neben dem für Schulzeitungen üblichen Inhalt von Zeit zu Zeit Berichte über die in der Schülerschaft lebendigen Bestrebungen, damit diese, wie der Oberstudienrat berichtet, zur Kenntnis der anderen Schüler und der Eltern kommen und durch offene Aussprachen Selbsttätigkeiten und Fortschritte unter der Schülerschaft vermieden werden. Von diesem Gesichtspunkte aus hat der Oberstudienrat den Fortschritten der Nationalsozialistischen Schülerschule aufgeführt, für die Zeitung Wissen und Ziele der Gruppe zu kennzeichnen. Da solche Berichte als Werbung und damit als parteipolitische Tätigkeit innerhalb der Schulgemeinschaft empfunden werden können, wird das Ministerium deshalb den Oberstudienrat anweisen, künftig derartige Berichte nicht mehr in die Zeitung aufzunehmen.

Zum „Reife Glauchitz“ erklärte der Minister:
Die politische Genehmigung, die der Verein zu der Veranstaltung brauchte, hat er insofern eingeholt und erhalten, als Singspiele, Schauspieltendenzen, Vorträge und Vortragsaufführungen in Frage kamen. Dagegen hatte der Verein unterlassen, um Genehmigungen zu bitten, daß Kinder an dem Unterhaltungsabend teilnehmen dürfen, so daß die Antikommunisten infolgedessen keine Genehmigung erteilt hatte. Deshalb und in Anbetracht der Unfähigkeit der Theateraufführung, die erst nachträglich bekannt wurde, hat die Antikommunisten als Polizeibehörde eine Strafverfügung über 30 M. gegen den Vorsitzenden der Ortsgruppe als Verantwortlichen des Unterhaltungsabends erlassen.

Das Bezirksamt hat festgestellt, daß in der Tat ein für Jugendliche durchaus ungeeignetes Theaterstück aufgeführt worden ist, dessen weibliche Hauptrolle, Frau Republik, eine Berufsschülerin gespielt hat, die übrigens eine Woche nach der Aufführung ihre Berufsschulpflicht beendet hatte. Das Bezirksamt wird künftig dafür zu sorgen haben, daß die Beteiligung von Schulpflichtigen an solchen Theateraufführungen, die nicht unter das Schulpflichtgesetz fallen, einer Regelung im Interesse der Schulerziehung unterworfen wird.

Weiter wird vom Regierungsbüro mitgeteilt, daß eine Ausdehnung des Probejahres auf die Zeit über ein Jahr seit Eintritt in den Schulbetrieb hinaus bisher nicht vorgekommen ist.

Ein Monopol des Sächsischen Lehrervereins auf Herstellung von Lehr-, Lern- und Lehrbüchern für die sächsischen Volksschulen besteht nicht. Es sind aber einzelne Verlagsvereine des Sächsischen Lehrervereins schon seit einem Jahrzehnte mit anderen Schulverlagen, wie das nachsteht, in Wettbewerb getreten. Das Ministerium sieht keine Möglichkeit, Lehrervereine das Verfassen von Schulbüchern zu untersagen. Das Ministerium sieht es als seine Pflicht an, bei der Einführungsangemessung für Schulbücher auf den Ausblick der oft einander sehr gegenüberstehenden Interessen und Auffassungen hinzuwirken, wie es im vorliegenden Falle geschehen ist und künftig geschehen wird. Es ist um eine Neuordnung des Genehmigungsverfahrens bemüht, nach der vor der ministeriellen Entscheidung über die Einführung von Schulbüchern die Beteiligten rechtzeitig in weitem Umfang gehört werden können.

Kulturhandlungen noch ein klein wenig zu berücksichtigen. Es ist

eine Kulturhandlung, wenn es eine Partei gibt, die sich auf öffentlichen Plätzen unter Aufwendung von enormen Geldmitteln in dieser Zeit dazu betreibt, der Bevölkerung und den Kindern das Wesen von Verbund als ein Theaterfeuerwerk vorzuführen.

(Sehr richtig! h. d. Soz.) Ist es eine viel größere Kulturhandlung als diese barocke Operette, die hier vor sich gegangen ist (Zuruf h. d. Nationalsozialisten)? Und wenn Herr Siebert darüber so unendlich bemüht ist, die Kinder davon fernzuhalten, daß sie es nicht einmal vorzeitig einen Blick hinter die Kulissen des Geheimnisses der Lebenserzeugung und der Lebensentwicklung merken, dann mag ich ihn fragen: Wie ist es denn im Bereich dieser erzieherischen Wohnungsbau (Sehr richtig! h. d. Soz.) wo die Kinder und noch viel jüngere und kleinere und unselbständigere Kinder mitunter durch die Schuld dieses Stücks an Tinge herangeführt werden, die im Vergleich zu dem, was Herr Siebert darstellt, hat, ein Ungeheuerliches darstellen? (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Alle diese Angriffe, die man immer wieder heranzuführen versucht, laufen am Ende darauf hinaus, den Schülern einen Stoß über die Tatsache, daß man in Sachsen das Schulwesen noch nicht völlig wieder in die Hände der Reaktion hat geben lassen können, zu verbergen. Solchen die betragten Tönen nicht, bewahren Sie die Tradition unseres Landes, an der Spitze des Schulwesens zu marschieren. (Sehr wohl! h. d. Soz.)

Ministerpräsident Siebert erklärte auf eine Bemerkung des Reichsleiters, daß er schon immer die erforderliche Tätigkeit der Lehrerschaft anerkannt habe. Er nehme auch heute gern Verantwortung, namentlich auch dafür, daß sie sich selbstlos der Beschulung der Erwerbslosen gewidmet hätten.

Abg. Weidner (Landtag) begründete die Veranschaulichung der Schultypen als Arbeitsblätter der höheren Schulen. Die Veranschaulichung der höheren Schulen sei auf die jahrelang betriebene Diffamierung der Volksschule zurückzuführen.

Unter lebhaftem Beifall der Linken und dem Jubel der Nationalsozialisten nahm der Minister eine Kritik eine gehörige Erwähnung an dem deutschen Nazi-Studienrat vor, der 1903 in Wien das Licht der Welt erblickt hat und dessen Vater auch in Sachsen geboren ist. Der Redner erklärte weiter, die Ministerialität des Herrn Fritsch gehört zu dem Bekanntheitsgrad, was man in Deutschland in letzter Zeit an Schamlosten erlebt habe. (Zuruf h. d. Nationalsozialisten) Der lebenden und lebenden Tätigkeit der nationalsozialistischen Schülerbünde müsse ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Volksparteiler Vogt hat die Regierung, ihre Vermittlungen fortzusetzen, einen Ball um die Schule vor dem Ausbruch der linken politischen Kräfte darzustellen.

Die Entgegnung des Herrn Studienrat auf die Ausführungen des Herrn Fritsch war recht nett. Fritsch hätte kein Recht, das Deutschtum seiner Familie in Zweifel zu ziehen. Was er über Herrn Fritsch gesagt habe, würde man bei einem Wärtchen verzeihen, nicht aber einem Mann mit dem Stahlhelmabzeichen.

Abg. Vogel (Soz.)

betont, daß der Fritsch aus der Volksschule nur dadurch begeben werden kann, daß die Extrazensurgrundlage, die von bestimmter Seite systematisch untergraben worden ist, wieder hergestellt wird. Er begründet dann die sozialdemokratischen Forderungen, die die Arbeitsweise und die Hygiene in den Volksschulen und die Beteiligung der Raumnot betreffen und die vom Ausbruch übernommen worden sind. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen fordert unser Redner noch die Abschaffung der Haftstrafen in den Schulen.

Abg. Neu (Soz.)

pricht zu dem Vorgang in Glauchitz. Das dort aufgeführte Stück „Operation“ solle zeigen, wie notwendig es ist, daß die Republik von ihren Schmarobern — Großagrarern, Großkapitalisten und Hafenregulieren — befreit wird. Es gehe auf das Stück „Das Karrenknecht“ von Hans Sachs zurück, das zu Beginn der Reizzeit außerordentlich beliebt war. Jedenfalls ist dieser Vorgang nicht geeignet, daraus eine Staatsaktion zu machen. Der Herr von Glauchitz war toleranter als Herr Siebert, er hat anerkannt, daß die Arbeiterjugend immer wertvolle Stücke aufgeführt hat. Jedenfalls steht es Herrn Siebert schlecht an, ein Urteil über die sozialistische Arbeiterjugend zu fällen. Dagegen hätte er alle Veranlassung, sich gegen die Verhüllung und Vergiftung der Jugend zu wenden, die von den ihm nahestehenden Parteien betrieben wird. Man muß sich nur wundern, daß die Regierung gegen diese Jugendvergiftung nichts tut. Auch gegen die Kreise, die die Freireiher beschimpfen, sollte sich Herr Siebert wenden. Sie stehen ihm ebenfalls recht nahe. Wer im Wahlbause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Sehr wohl! h. d. Soz.)

Bei Abschluß des Berichtes — 2.45 Uhr abends — gehen die Verhandlungen noch weiter.
Nächste Sitzung: Donnerstag, 2. Juli: Vollzeitsitzung.

Zur Schadenersatzpflicht bei Automobilunfällen

Wie anderen Gerichtsinstanzen kann selbstverständlich auch der Frau eines Arztes das Mißgeschick zustossen, bei einem Automobilunfall verletzt zu werden. Es liegt nahe, daß dann gemächlich der bejagte Gatte, wenn er nicht ein angesehener Spezialist auf anderen Gebieten der Medizin ist, die Heilbehandlung selbst übernehmen wird. Das bedeutet aber praktisch eine ganz erhebliche Kostenersparnis, und es fragt sich nun, ob der Kraftwagenführer, der den Zusammenstoß oder Unfall verursacht hat und von dem Arzt bzw. seiner Gattin auf Schadenersatz belangt wird, sich darauf berufen kann. Das ist jedoch vom Reichsgericht in einer grundsätzlichen Entscheidung abgelehnt und zur Begründung dieses Standpunktes ausgeführt worden: „Wer die Verletzung des Körpers oder der Gesundheit einer Ehefrau schuldhaft verursacht, kann sich selbst dann nicht mit Erfolg gegen die ihm deshalb obliegende Erstattung der Heilungskosten wenden, wenn der Ehemann der Verletzten diese in seiner Eigenschaft als Arzt selbst behandelt. Denn auch diese Behandlung erfordert zum mindesten Opfer an Zeit, in der Regel weiter aber auch Verwendung oder Verbrauch ärztlicher Instrumente, von Verbandmitteln und dergleichen, also Aufwendung auch an geldwerten Sachen. Der Schädiger hat daher seinen Anspruch darauf, daß ein Ehemann, der Arzt ist, seine verletzte Ehefrau uneingeschätzt behandelt.“ (RG. VI. 540/30.)

Geschäftliches

Diplome und andere Abzeichen

Die Gummimärkte Hermanns Act in Berlin-Adenau und im Berlin-Gröblichsdorfer Bereich sind vorwiegend mit der Fabrikation von Diplomen und anderen Abzeichen befaßt und beschäftigen die Gummimärkte Hermanns Act. Die Gummimärkte Hermanns Act sind in der Gegend von Berlin beheimatet, um mit den vorhandenen vollkommeneren in der ersten und wichtigsten Einrichtungen des Gummimärkte Hermanns Act durch den Handel zu unterstützen. Die Gummimärkte Hermanns Act haben als Anerkennung für hervorragende Leistungen ihrer Fabrikate bereits verschiedene Diplome und andere Abzeichen verliehen bekommen.

Der Wille, Erparnisse zu erzielen, erstreckt sich hauptsächlich auf diejenigen Kapitel des Haushaltsplanes, die die Belange der beiden Klassen enthalten, die sich mit Fragen sozialpolitischer und kulturpolitischer, hauptsächlich schulischer Art befassen. Jeder, der sozialpolitisch auf diesen Gebieten denkt, kann dabei seine reaktionäre Meinung ausgesprochen vertarnen, d. h. er vertritt diesen sozialpolitisch und kulturpolitisch reaktionären Willen hinter der Forderung der Sparpolitik, und so ist man in der Lage, seinen allgemeinen reaktionären Tendenzen nach den Mantel eines verantwortungsbewußten und gegenständlichen staatsverantwortlichen Bürgers umzuhängen. Dabei werden diese Erparnisse nicht gleichmäßig gemacht. Die gesamten Höherziehungen, die bei den beiden Kapiteln Höhere Schulen und Volksschulen von den Parteien der Linken beantragt worden sind, umfassen eine Summe von ungefähr 800.000 M. Man hat, daß diese Höherziehung unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz untragbar sei. In derselben Zeit war man aber freimüßig bereit, der Höhe 2 Millionen Mark über die Veranschlagung hinaus zu geben. (Darsch weist nach, daß die Klagen über die Schulraumnot durchaus berechtigt sind und sehr die Überzeugungen nach Schulbauten mit der Frage der Arbeitsbeschaffung zusammenhängen.) Auch eine Verbesserung der höheren Schulen ist nicht zu leugnen, es ist jedoch festzuhalten, daß die Parteien der Rechten, die heute so sehr über die Überfüllung klagen, zu einem guten Teile selbst Schuld daran tragen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Das überlängte Schulwesen hat die Schullehrer und Schullehrerinnen eine gewisse Aufwärtsbewegung auf einer höheren Schule verlangt. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Singu kommt als Ursache maßlose Forderungen gegen die angeblich maßlos herabgewirtschaftete Volksschule. (Sehr wohl! h. d. Soz.) Was Sie damals vor Ihrem christlichen Gewissen in der Öffentlichkeit nicht verantworten konnten, das rächt sich natürlich heute. Dann ist auch zu betonen, daß unsere Volksschulordnung vom Jahre 1927 ganz und gar auf der Beträufung der akademischen Verufe aufgebaut ist, was ein weiterer und außerordentlich starker Anreiz für weite Elternkreise ist, ihre Kinder möglichst solchen Verufen zuzuführen. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Die Geschichte hat immer bediesen, daß alle Maßnahmen und Schulfragen ein Mittel der jeweils herrschenden Klasse sind, um sich in ihrer Herrschaftsstellung zu erhalten.

Das ist auch heute noch so, und deshalb warne ich vor dem Irrtum, daß man mit rein methodischen oder wissenschaftlichen Reformen eine grundlegende Veränderung herbeiführen könnte. Wir haben noch eine rein kapitalistische Wirtschaftsordnung, und dementsprechend ist auch unser gesamtes Erziehungswesen organisiert und eingestellt. Die wirtschaftlichen Krisen führen auch auf das Gebiet der Erziehung und des Schulwesens ab. Es besteht deswegen die Notwendigkeit, auf pädagogischem Gebiet Versuche anzustellen, um zu einer neuen Orientierung auf diesem wichtigen Gebiete zu kommen.

Dies entzuppt sich nun einmal gängig

Lohnabbau und Steuerertrag

Das Herz hat sicher nicht bei jenen mitgesprochen, die für den Inhalt der Notverordnung verantwortlich sind, sonst könnte eine derartig ungerichte Belastung der verschiedenen Volksschichten nicht möglich sein. Bei Durchsicht der Notverordnung gewinnt man aber auch den Eindruck, als ob Vermissen ebenfalls nur wenig vorhanden gewesen ist. Jedes Kapitel gibt beredetes Zeugnis davon. Es kommen berechnete Zweifel auf, ob denn überhaupt durch die geplanten Maßnahmen jene finanzielle Erleichterung im Haushalt des Reiches, der Länder und der Gemeinden eintritt, die durch Einnahmeerhöhung und Ausgabenreduzierung der Betrag von insgesamt 1671 Millionen Mark gewonnen wird.

Gehalts- und Lohnföhrungen haben für den Etat des Reiches eine doppelte Wirkung. Die Abhebungen auf der Ausgabenseite bedingen einen Lohnsteuerausfall bei den Einnahmen. Reichsfinanzminister Dietrich hatte anknüpfend das doppelte Gewicht des Lohnabbaus für die Reichsfinanzen erkannt, jedenfalls war das aus einer seiner eidenburarischen Wählreden zu entnehmen. Die Statistik über die Entwicklung der Lohnsteuer redet ja darüber sehr deutlich:

Monatliches Durchschnittseinkommen an Lohnsteuer in Mill. Mark	1928	1929	1930	Febr.	März	April 1931
	19,8	19,9	19,0	75,8	75,5	89,9

Der katastrophale Rückgang in den letzten Monaten ist nicht nur die Wirkung des großen Arbeitslosenbeeres, sondern auch die Folge des von der Reichsregierung geförderten Gehalts- und Lohnabbaus. Man sollte annehmen, das Finanzministerium hätte aus der Entwicklung der Lohnsteuer Lehren gezogen. Die Notverordnung wandelt jedoch die alten verkehrten Wege. Sie macht die Steuerkraft ihres heilen Steuerzahlers der Arbeitnehmerschaft, zunahme und fördert jene Schichten, deren Steuerkraft und Leistung in kein Verhältnis zum Vermögen gebracht werden kann.

Die Regierung beabsichtigt nach der Notverordnung, nicht nur die Gehälter der Beamten und der Angestellten, sondern auch die Löhne der Arbeiter herabzusetzen. Diese sollen für sämtliche Arbeiter der öffentlichen Betriebe auf das Niveau der Reichsarbeiterlöhne abgestellt werden. Nur die Reichsarbeiter ist ein weiterer Lohnabbau in Höhe von 4 bis 7 Pf. die Stunde, das sind 6,7 Prozent, vorzuziehen. In der Lohnabbau im April bereits 10,7 Prozent betrug. 17,4 Prozent Abbau bei den Reichsarbeitern! Bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern ist er noch höher! Dazu kommt die Einführung der 10-Stunden-Woche, die der Reichsarbeitsminister für die öffentlichen Betriebe ohne Lohnausgleich durchzuführen gedankt. Der Nettolohn für den Reichsarbeiter mit einem Kind, der dann für sämtliche Arbeiter öffentlicher Betriebe gilt, beträgt danach in Dresden

für den Handwerker 29,30 M., für den gelernten Arbeiter 24,15 M., für den ungelernen Arbeiter 23,15 M. Die materielle Auswirkung für die Arbeiter ist unerhört. Unter Einrechnung der Arbeitszeitverkürzung beträgt bei den Reichsarbeitern die Einkommensföhrung 26 bis 30 Prozent, bei den Gemeindearbeitern ist sie noch größer.

Bei Durchführung der Notverordnung ist aber die Wirkung auf die Reichsfinanzen gleichfalls katastrophal. Bei den zur Zeit bestehenden Löhnen zahlte der Handwerker in Dresden (zugrunde liegt der Berechnung der verheiratete Arbeiter mit einem Kind) wöchentlich an Lohnsteuer 1,10 M., bei Durchführung der Notverordnung würde er nur noch 85 Pf. entrichten. Der angelernte und ungelernete Arbeiter zahlen zur Zeit noch 60 Pf. und 45 Pf. wöchentlich, sie würden später einkommensteuerfrei sein. Bei der verschiedenen Lohnhöhe in den einzelnen Teilen des Reiches darf der Lohn in Dresden als der Durchschnittslohn bezeichnet werden. Die Schätzung ist vorläufig aufgemacht. Der Ausfall pro Kopf und Woche an Lohnsteuer beträgt im Mittel 60 Pf. Allein bei den 100 000 Postarbeitern würde der Lohnsteuerausfall im Jahre 3,1 Millionen Mark betragen. Hierzu tritt der Fortfall der Arisensteuer mit rund 1,9 Millionen Mark, so daß ein jährlicher Steuerausfall von 5 Millionen Mark zu verzeichnen ist. Die 2,2 Millionen Arbeiter in den öffentlichen Betrieben bedingen demnach einen jährlichen Lohnsteuerausfall von rund 110 Millionen Mark.

Der zweite Lohnabbau bei den Arbeitern öffentlicher Betriebe muß aber notwendig den zweiten Abbau der Löhne in der Privatindustrie nachziehen. Damit wird der Steuerausfall noch größer. Der Lohn- und Gehaltsabbau, durchgeführt zur Sicherung des Haushalts, erzielt also das Gegenteil.

Mit der Schwächung der Kaufkraft breitet sich ein weiterer Umlagerungsbedarf. Dieser hat für sich zur Folge einen umfangreichen Steuerausfall. Auch von dieser Seite erleidet die Einnahmenseite des Etats eine Wundbarung, die in der vollen Höhe auch nicht annähernd von dem Finanzminister eingestuft werden ist.

Es ist an der Zeit, in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen wieder die Vernunft sprechen zu lassen. Die Regierung wird gut tun, den ungesägten Forderungen der Unternehmer keine Beachtung zu schenken. Die Anfurberung der Wirtschaft ist zu einem Phantom geworden, dem man nachläßt, ohne mit den bisherigen Mitteln etwas erreicht zu haben. Nicht die Kapitalbildung kann in dieser Krise das Primäre sein, sondern die Stärkung der Kaufkraft. Diese Kritik wird und kann nicht von der Produktionsmittelindustrie überwunden werden, sondern nur von der Seite der Konsumgüterindustrie. Diese Erkenntnis bedeutet aber, der Kaufkraft der Massen einen neuen Auftrieb zu geben, da der Binnenmarkt hierfür ausschlaggebend ist.

Ueberschüsse bei Staatsbetrieben

Das staatliche Elsterbad hat neben dem Vorzug seiner herrlichen Lage und seiner schönen Badeanlagen den weiteren Vorzug, daß es dem sächsischen Staat jährlich steigende Einnahmen — in diesem Jahre 90 000 M. — bringt. Der Berichtserhalter, Abg. Kaubisch (Soz.) ging im Ausschuß B des sächsischen Landtages eingehend auf die Lage des Elsterbades ein und brachte eine ganze Reihe Projekte für den weiteren Ausbau des Elsterbades. Nach einer kurzen Erklärung des Innenministers Dr. H. Aler, in der über eine eingehende Aufwandsentwicklung berichtet wurde, wurde den Anträgen des Berichtserhalters einstimmig zugestimmt.

Keine „Staats“-Betriebe — diese Staatsbetriebe!

Der sächsische Staat betreibt in Lengsfeld, Herm. dorf, Oberweißbach und Hammerunterweitzenthal Kaltwerke, und in Döbitz und Klinga bei Leipzig und in Oerlitzgrün (Vogtland) Dampfelektro. In diesen Werken sind rund 300 Arbeiter beschäftigt. Das vom Staat in diesen Werken investierte Kapital beträgt rund 1 914 000 M.; der Reingewinn, der allerdings noch zur Abdeckung früherer Verluste Verwendung findet, ist mit 30 000 M. eingestuft.

Aus dem Bericht des Abg. Diermann, Gainsdorf (Soz.), war zu entnehmen, daß in diesen Betrieben Zustände herrschen, die eines Staatsbetriebes nicht würdig sind. Trotz der starken Erwerbslosigkeit werden besonders in einem Betrieb außerordentlich viel Ueberschüsse geschoben, sogar Sonntagsarbeit mußte geleistet werden, trotzdem wurden aber vorher vier Arbeiter entlassen! — Die Arbeitsnormen entsprechen ebenfalls nicht den zu stellenden Anforderungen, ebenso lassen die Unterkunftsräume viel zu wünschen übrig. Unter Genosse stellte weiter die Anfrage nach den Bezügen und Nebenbegehren der leitenden Beamten. Das Kapital wurde ohne Aussprache einstimmig genehmigt.

Die Zukunft der Nazis liegt in der Luft, deshalb beantragte der Abg. Dänke (Nazis), eine wesentliche Erhöhung des Kapitals 43 Titel 10 und des Titels 12 des sächsischen Staatshaushaltplans (Subventionen für Luftfahrwesen). Der Redner der SPD, beantragte Ablehnung aller Subventionen. Wegen die Stimmen der Nazis wurde die Föhrung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten die Ablehnung dieser Kapitel abgelehnt. Der arme sächsische Staat, der kein Geld für die Ermerbstösen hat, begehrt also auch in diesem Jahre wieder 323 850 M. für die Luftreifen der Besipenden!

Die wasserwirtschaftlichen Betriebe

Heber den Bau von Talsperren und die Kapitalbeteiligung an der geplanten sächsischen Elbbahngesellschaft m. b. H. fand eine lange Aussprache statt. Aus diesen Betrieben Verkauf von Holz und Trinkwasser usw. aus der Talsperre Muldenberg, Weierschweitz, Altmönsberg und Raitter) stießen der Staatskasse 300 000 M. Ueberschuss zu — gegen das Vorjahr um 194 000 M. mehr. Die Vermutung der in den Wasserkraftwerken bei Aue, Waldenburg, Altmönsberg, Wurzen und Reichstein erzeugten Energie bringt 150 000 M., während aus dem Betrieb der Elbbahnen ein Ueberschuss für das laufende, wie auch für das kommende Geschäft nicht zu erwarten ist. Eine Eingabe des Wasserforschungsverbandes Muldenberg wegen Neuregelung der Wasserbezugsbedingungen wurde der Regierung zur Ermöschung überwiesen, im übrigen aber dies Kapitel genehmigt.

Bei Titel Talsperren beantragten die Kommunisten 10 000 000 M. für den Bau der Talsperren in Ostschon. Vom sozialdemokratischen Redner wurde darauf verwiesen, daß dieser Antrag eine sehr ungeheuerliche und gefährliche Demonstration ist, die u. A. jede Möglichkeit des Baues verzögert. Vom sozialdemokratischen Redner wurde ebenfalls verwiesen, daß diese Summe mit den Mitteln der Gesellschaft für öffentliche Arbeiter und der „Grundförderung“ aus der Arbeitslosenversicherung völlig ausreichen würde, um sofort in größtem Maßstab die Arbeiten dort beginnen zu können. Der Antrag der SPD, wurde abgelehnt, der Antrag der SPD, mit Mehrheit angenommen.

Sachsen

Die größte Rathausleuchte

Otto Gabel in der Redaktion

Uns wird geschrieben: Als am Anfang dieses Jahres in der Bezirksleitung Sachsen der SPD, und in der Redaktion und dem Verlag der Arbeiterstimme das große Meinmachen einsetzte, teilten wir unseren Lesern dieses mit. Mit der Werbung sollte bewiesen werden, daß nicht Kunst, sondern Günst die beste Aufstiegsmöglichkeit in der Partei der „Diktatur des Proletariats“ ist. Formel, ehemals Lokalredakteur in der Arbeiterstimme, wurde während seiner Gefängnishaft abgelehnt. Im üblichen Reichementen wurden wir von den Nazi-Jahne-Kapitän oder Redakteuren der Güterbahnzeitung verleumdet, als wir keinen Erfolg durch die „große Leuchte des Rathauses“, Otto Gabel, mitteilten. Mit frischer Kraft wird Genosse Formel, der nicht zuletzt durch die Schuld der Dresdener Volkszeitung im Gefängnis ist, nach seiner Mitterzeit wieder arbeiten. „Ich schrieb damals das „revolutionäre Arbeiterblatt“. Und heute? Seit dem 1. April 1931 geht Formel in die Kampeln. Idealisten, Menschen, die, wie Formel, tatsächlich nach an die Durchführung der kommunistischen Diktatur glaubten, wurden durch „Realisten“ erstickt. Und Leute, die die Sympathien des jeweiligen Nachhabers genießen, sind die Sieger. Je weniger sie sich den Nachgefolgten einzelner entgegenstellen, um so geeigneter sind sie für die zu vergebenden Posten. So wurde denn der „lange Otto“ erklärt und hier vom Stationschaffner zum Redakteur. Wenn er auch manchmal die ihm zur Verfügung stehenden Seiten mit einem „Mitteilungsblatt für die Gabelschen Reden aus der Stadtverordnetenversammlung“ verwechselt. Was schadet es? Solange er richtig in Sozialdemokratendebatte macht, so daß er sogar den seligen „Nachschlagenverband gegen die Sozialdemokratie“ um eine Herdendünge schlägt, bleibt er der gebotene kommunistische Redakteur. Was macht es aus, wenn täglich die Rechte der deutschen Arbeiterklasse infolge des Bruderkampfes mehr beschritten werden? Datum hat sich kein SPD-Redakteur zu kümmern. Die Hauptsache ist und bleibt, er reißt täglich die Sozialdemokratie tot. Wähler der SPD, denkt darüber einmal nach.

Die „unpolitische Landwirtschaftskammer“

„Wie sind also national und sozial“

er. Die neugewählte Landwirtschaftskammer, in der die Nationalsozialisten nach ihrem Wahlerfolg eine erhebliche Rolle spielen, trat am Mittwoch zu ihrer ersten Gesamtsitzung zusammen. Großspurig hatten sie vorher in der Presse ihren Anspruch auf das Präsidium angemeldet, in den Vorbesprechungen hatten sie dann aber mit den Vertretern des Landbundes, die sie im Wahlkampf auf das bestmögliche bekämpft hatten, ein Kompromiß abgeschlossen. Dementsprechend wurde der bisherige Präsident, Rittergutsbesitzer Vogelsang, wiedergewählt (mit 39 von 60 Stimmen). Die Nationalsozialisten besetzten sich mit dem 1. und (neugeföhrten) 3. Vizepräsidenten. Die Stelle des 2. Vizepräsidenten wurde einem bisher politisch nicht herorgetretenen Oekonomierat überlassen. Von den fünf Vizepräsidenten sind 3 Nationalsozialisten, so daß die Nationalsozialisten im Vorstand die Mehrheit haben.

Der wiedergewählte Präsident gab sich übrigens alle erdenkliche Mühe, sich bei den Nazis in ein recht günstiges Licht zu setzen, indem er einen regelrechten Kolau vor dem Nationalsozialismus machte. In seiner Rede, die er im Anschluß an seine Wahl hielt, wies er darauf hin, daß zum ersten Male den Nazis die Landwirtschaftskammer ein regelrechter Wahlkampf vorangegangen sei. Das einkommensschwache Landwirtschaftsamt habe eine fühlbare Verbesserung ihrer Lage, allerdings schließe es auch nicht an Stimmen, die befürchten, daß nun die Parteilichkeit in der Berufsvertretung hineingetragen werden wird und damit recht und ein verpflichtendes Arbeiten nicht zu denken sei. Hierzu erklärte der Präsident von Nazis Gnaben, daß Parteilichkeit nicht in die Kammer gehöre. Deshalb lehnt er sie ab. Die Regierung würde auch nicht dulden (1), daß in der Landwirtschaftskammer Parteilichkeit getrieben werde. Die Landwirtschaftskammer werde deshalb für immer (1) unpolitisch sein, oder sie werde überhaupt nicht sein.

In dem Erfolg des Nationalsozialismus — so sagte er weiter — sei nicht nur ein parteipolitisches Ergebnis zu erblicken, denn der Nationalsozialismus sei kein spontanes Anwachsen einer Partei, sondern der Sieg einer Idee (1). Wer von uns ist nicht national, wer nicht sozial? Richtiglich daß er, alles Mögliche, was im Wahlkampf vorgekommen sei, zu vergessen und darunter einen biden Strich zu machen.

Die Nazis haben demnach alle Ursache, mit diesem gesinnungstüchtigen Präsidenten zufrieden zu sein. Die Kleinbauern, die in ihrer Unzufriedenheit auf den Phrasenschwall und das Wohlwollen der Nazis heringefallen sind, werden aber nur zu bald merken, daß sie auf eine Veimrute getroffen sind, und daß ihnen die Hitler-Partei ebensoviele helfen können wie der Landbund und seine Führer.

Der Direktor der Landwirtschaftskammer, Dr. Schöne, sollte nach Zeitungsmeldungen unter dem Prade der Nationalsozialisten von seinem Posten zurückgetreten sein. Wie aber in der Zeitung mitgeteilt wurde, ist er nur vorläufig beurlaubt. Wie verlautet, macht die Regierung im Hinblick auf die hohen Pensionen, die bei einem Mittertritt entstehen (Dr. Schöne steht noch im besten Mannesalter) Schwierigkeiten.

Der Umzug der 12 Drei Monate Gefängnis

Leipzig, 26. Juni 1931.

Am 1. Osterfesttag 1931 machte der Arbeiterportklub „Adler“ in Leipzig einen Ausflug in die Dohrburger Schweiz. Auf dem Heimweg marschierte die Wandergruppe in Stärke von 12 Leuten geschlossen durch Wurzen. Die Arbeiterportklub hatten Kampflieder gesungen und marschiert. Ein Polizeibeamter stellte den Namen des Führers der Wandergruppe fest und erstattete Anzeige.

Am Freitag hatte sich der Arbeiter Schöne, der Führer der Wandergruppe, wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 vor dem Gemeinamts-Schöffengericht in Leipzig zu verantworten.

Die Verordnung ließ als Mindeststrafe für betretene Umzüge drei Monate Gefängnis vor. Das Gericht verurteilte Schöne zu drei Monaten Gefängnis.

Die Auswirkung der Notverordnung des Reichspräsidenten ist eine Katastrophe, weil für Verurten nach § 2 der Verordnung die Mindeststrafe drei Monate Gefängnis ist und auch keine Bewährungsfrist bewilligt wird.

Der Eisenachfolger des völkerrätischen Reichstagsabgeordneten Dr. Kellmann, Chemnitz, der bekanntlich auf sein Mandat wegen seiner Opposition gegen die Reaktionssmehrheit verzichtet hat, der Kaufmann Alfred Baum in Grundroder hat das Reichstagsmandat angenommen.

Bauern. Die Riesenuntererschlagungen bei der Witolfasse Salons, bei der sich die frühere Angestellte Helene Kind aus Salons bekanntlich nach und nach 33 000 Mark angeeignet hatte, führten jetzt zu einem Rechtsfall vor dem Landgericht Naumburg. Mit Helene Kind, die seither mit dem Schöffengericht wegen fortgesetzten Diebstahls zu 3 Jahren 8 Monaten Gefängnis und 4 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden war, erbielten der Kaufmann Wiskam wegen einfacher Diebstahl und verurteilter Erpressung 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust, der Kaufmann Walter Schulz und Verlobte ihrer Schwester Frieda) wegen einfacher Diebstahl 6 Monate Gefängnis, während Frieda Kind und der Kaufmann Heinz Förster der Liebhaber der Helene Kind freigesprochen wurden. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Freispruch der Frieda Kind und wegen zu milder Bestrafung der Helene Kind und des Schulz, andererseits auch die Helene Kind wegen zu hoher Strafe und Schulz gegen seine Verurteilung überhaupt Berufung eingelegt. Die Berufungsbehandlung führte nun zu dem Ergebnis, daß die Verurteilungen der Helene Kind und die gegen diese gerichtete Verurteilung der Staatsanwaltschaft sowie die Verurteilung des Schulz verworfen wurden. Die Staatsanwaltschaft hatte aber den Erfolg, daß die früher freigesprochene Frieda Kind nunmehr zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, Schulz zu 1 Jahr Gefängnis (früher 6 Monate), abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurden. Schulz wurde wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen.

Achtung, Landtagsbesucher!

Triebenenarten nur gegen Parteibuch

Der Vorstand der Landtagsfraktion schreibt uns: Immer wieder wird von Landtagsbesuchern, die angeblich Parteigenossen sind, an die Fraktion das Ersuchen um Ueberlassung von Triebenenarten gestellt, ohne daß ein Parteibuch oder ein Parteiausweis vorgezeigt werden kann. Die Fraktion muß es in allen solchen Fällen ablehnen, Triebenenarten auszubüßigen, weil sich herausgestellt hat, daß agnerische Parteien diesen Weg benutzen, um mit ihren Anhänger die Tribüne zu besetzen. Die Parteigenossen, die den Landtag besuchen wollen, werden also dringend ersucht, ihre Parteilegitimation mitzubringen.

Rundfunk

Freitag, 3. Juli.

- 14:00: J. Eliot Emerson: Wissenschaftliche Umformung: „Weltanschauung“.
- 14:30: Studio des Mitteldeutschen Rundfunks; Mitm.: Lotte Wäber-Wohlgemuth (Sopran), A. Vömel (Bariton), M. Wrelich (Fist).
- 15:15: Elisabeth Boehm: Fröhrspiele unter Glas.
- 16:00: Nachmittagskonzert.
- 18:00: P. Weiser: Photographische Aufnahmetechnik.
- 18:25: Englisch.
- 18:50: Carl geben Kunstst... ..
- 19:00: Carl von Bremen liest seine Novelle „Domikat“.
- 19:30: Lieber zur Kultur: jugungen von Heine.
- 20:00: Uraufführung von Schallplatten.
- 20:30: P. Jörting, D. B. Schindler: Der Hochmann.
- 21:00: Tagesfragen der Wirtschaft.
- 21:10: Ein Abend in Sanssouci; Mitm.: Hedwig Dibom-Verchers (Sopran), D. Richter (Fist), Dr. Kaslo (Tombola).
- Anschl.: Unterhaltungskonzert des Rundfunkorchesters.
- Deutsche Welle: Freitag, 3. Juli.
- 15:00: Prof. Dr. Gerda Simons: Die soziale Verantwortung d. Frau.
- 16:00: Leipzig: Nachmittagskonzert.
- 17:00: Stüb. Dr. Walekstadt: Rundfunk und moderner Sprachunterricht in der Kleinkunst.
- 17:30: Stüb-Rat Thiel: Die Natur als Vorbild der Technik.
- 18:00: Georg Peters: Die völkerrätische Bedeutung der Landwirtschaft.
- 18:30: W. Wöner: Das Erlebnis am Kunstwerk, „Moles“ von Michelangelo.
- 19:55: Weller für die Landwirtschaft.
- 19:00: Wissenschaftlicher Vortrag für Verleger.
- 19:30: Prof. Rederer: Proletariat und Bürgertum.
- 19:55: Weller für die Landwirtschaft.
- 20:00: Abendkonzert des Orchesters des Mitteldeutschen Rundfunks; V. Gneist (Klavier). — Intermezzo: Uraufführung: „Beate“ Stöckel von A. Did; Klavier von F. Ebert.
- 22:20: Weller, Tages- und Sporthinrichten.
- Anschl.: Eden-Hotel: Tanzmusik der Kapelle Oscar Josef.

Mundfunkänderung. In der Nacht vom Freitag, dem 3. Juli und Samstag, dem 4. Juli: 23.30 bis 0.30 Uhr: Unterhaltungsmusik (Schallplatten) aus Leipzig. 0.30 bis etwa 6 Uhr: Hörbericht vom Reichstagswahlkampf (Schweiz) — Streibung in America. Tagesfragen Unterhaltungsprogramm. (Uebersetzen von der Funk-Funkstunde-N.G., Berlin.)

Notverordnung und Arbeitslosenversicherung

Von Elbin Freitag, stellv. Arbeitsamtsdirektor, Dresden

Es sind bei dieser Behandlung der Verordnung die Änderungen, die sich nicht bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung dem Unterhaltenden gegenüber anzuwenden, fortgelassen.

Die Sonderunterstützung für Tabakarbeiter fällt vom 1. Juli 1931 an weg. Einmalig noch fällige Unterstützungsbeträge für die Zeit bis zum 30. Juni können auch nach diesem Tage gezahlt werden. Der weitere Bezug der Arbeitslosen- oder der Arbeitslosenunterstützung nach den neuen Bestimmungen wird von der Verordnung nicht berührt.

Wer bekommt Unterstützung?

Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 wurde mit Wirkung vom 8. Dezember 1930 zugelassen, daß das 16., statt bis dahin das 17. Lebensjahr erfüllt sein mußte, um Arbeitslosenunterstützung beanspruchen zu können. In anderen Fällen war der Bezug der Unterstützung abhängig gemacht von der Richterfähigkeitsprüfung der Unterhaltspflichtigen Dritter, im besonderen der Eltern. Die Verordnung vom 5. Juni 1931 fordert den Nachweis der Unmöglichkeit der Erfüllung der Unterhaltspflicht ebenfalls, und zwar bis zum noch nicht erfüllten 21. Lebensjahr. Die Prüfung der Unterhaltspflichtigkeit geht hart an die Grenze der Bedürftigkeitsprüfung, wenn diese Form auch in der Verordnung selbst keine Grundlage findet. Dabei wird man das Einkommen des Unterhaltspflichtigen nach seinen sonstigen Verpflichtungen gewissenhaft prüfen müssen. Die Grundbesitzbesitznahme vom 19. Dezember 1930 Nr. 2068 2224, 1931 IV Seite 54 befragt, daß die Mittel der Eltern des Arbeitslosen zur Bestreitung des gemeinsamen notwendigen Unterhalts anzureichen müssen. Es ist nach der jetzigen Auslegung der Verordnung auch möglich, daß der Arbeitslose bei Vollendung des 21. Lebensjahres sofort rechtlichen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, sofern etwaige Vermögensgegenstände nach § 95 infolge weiterer Zeitverstrichens nicht veräußert sind. Es werden bei der allgemeinen Kontrolle in den Hauptgemeindefämern, den niedrigen Eöhnen usw. nicht alle unter 21 Jahre alte von der Ablehnung betroffen werden.

Der § 59a hat infolge einer Ergänzung erfahren, als nach dem bisherigen Brauch auch zeitweise oder teilweise Arbeitslosenunterstützung bewilligt werden kann, wenn die Verhältnisse im eigenen oder Angehörigenbetriebe nicht dauernd während der Arbeitslosigkeit gegeben ist. Zum Beispiel kann ein kleiner Landwirt, der während der Arbeitslosigkeit in seiner Wirtschaft beschäftigt ist, bei dieser Wirtschaft sei auch gleich mit dem, daß die Worte „während seiner Arbeitslosigkeit“ seinen Lebensunterhalt erweisen kann, nicht etwa, wie irrtümlich angenommen wird, bedeuten sollen, daß er ein Einkommen entziehend seinem bisher verdienten Verdienst erwerben soll. Lediglich bis zur Höhe der Arbeitslosenunterstützung soll der Besizer der Wirtschaft zum Bestreiten des Lebensunterhalts damit verpflichtet sein. Die Richtlinien der Arbeitsämter nach § 59a müssen dementsprechend ergänzt werden.

In § 90 sollen in Absatz 2 Nr. 2 die Worte „seiner vorübergehenden oder früheren Tätigkeit“ fort. Damit wird gefordert, daß jeder Arbeitsuchende berufsfremde Arbeit jederzeit annehmen muß, wenn sie ihm körperlich oder mit Rücksicht auf sein späteres Berufsleben genehmigt werden kann. Da der Absatz 3 derselben Paragraphen ganz fortfällt, kann ohne die sogenannte Schonfrist von 8 Wochen auch dem gelehrten Arbeitsuchenden sofort berufsfremde Arbeit angeboten werden.

In § 91 ist folgender Satz 2 angefügt worden: „Für Arbeitslose über 21 Jahre kann die unterstützungsmögliche Unterhaltung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden.“ Da nach dem neuen § 129a auch Vereinigungen arbeitsdienstwilliger Gruppen stellen können, um nach Vorliegen bestimmter Arbeiten als Arbeitsdienstleistungen durchzuführen, dürfte die Gefahr bestehen, daß mit Hilfe der Arbeitslosenversicherung den gewerblichen Erzeugnissen normale Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeiten genommen werden und die Behebung der Arbeitslosigkeit in keiner Weise dadurch gefördert wird. Da vorgezeichnete Richtlinien zur Durchführung noch nicht erschienen sind, dürfte eine Auswirkung nicht zu erwarten sein. Die Arbeitsämter haben auch gegebenenfalls weiterhin dafür zu sorgen, daß obige Misslingen verhindert werden.

Verfälschte Bestimmungen

Verfälscht wurden die Bestimmungen in § 90, 92 und 93, nach welchen die Arbeitslosen- bzw. Arbeitslosenunterstützung auf 6 bis 12 Wochen entzogen werden kann bei Arbeits- und Umschulungs-

ablehnung und bei selbstverschuldetem Verlust der Arbeitsstelle. Es heißt die ergänzende Bestimmung im neuen § 90c: „... kann dem Arbeitslosen die Unterstützung für 6 Wochen gesperrt werden, wenn sich aus bestimmten Tatsachen ergibt, daß der Arbeitslose arbeitsunwillig oder durch eigenes Verschulden arbeitslos ist.“

Wiederholte Ablehnung angebotener Arbeit, wiederholte eigene Arbeitsaufgabe und dergleichen Verlust der Arbeitsstelle sind solche bestimmte Tatsachen.

Leider gibt es trotz der schweren Zeit noch Arbeitslose, die ohne einen Schein des Rechts Arbeit ablehnen. Auch Arbeitsvermittlung und Selbstkauf sind zu vermeiden, ohne die arbeitsrechtlichen Wege einzuschlagen. Nicht selten werden die gesetzlichen Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeiten, wie Tarifverträge, Betriebsrätegesetz, Arbeitsgerichtsgesetz, Gewerbeordnung usw., mit voller Absicht nicht beachtet, ohne dabei zu bedenken, daß die Arbeitslosenversicherung zur Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses und zum Austragen von Arbeitsstreitigkeiten nicht in Anspruch genommen werden darf.

Saisonberufe

Die neue Fassung des Absatz 8 in § 99 befragt, daß Arbeitslose der Saisonberufe (beruflich Arbeitslose) nicht 26 Wochen (106 Tage), sondern 20 Wochen (140 Tage) Arbeitslosenunterstützung beziehen dürfen, und zwar nach den Sätzen der Arbeitslosenunterstützung. Da nach den jetzigen Bestimmungen für diese Berufsgruppe ausgenommen ist, erhalten sie die Krise 6 Wochen länger gewährt. Diese 6 Wochen-Frist für die Saisonberufe findet nicht nur während der jedes Jahr besonders festgesetzten Zeit der beruflichen Arbeitslosigkeit Anwendung, sondern ganz allgemein während laufende Unterhaltspflicht, die die 20 Wochen bis 13. Juli 1931 erreichen bzw. überschritten haben, mit diesem Tage aus dem Arbeitslosenunterstützungsbezug aus.

Strafentzug ist rückzahlbar

Nach dem neuen § 101a muß die Strafentzug in Zukunft zurückgezahlt werden, soweit der Reichsarbeitsminister Richtlinien dazu erläßt. Grundsätzlich kann die Entziehung erst dann verlangt werden, wenn der Unterstützungsempfänger nach dem Ausschneiden aus der Krise oder der öffentlichen Fürsorge seit mindestens 3 Monaten nicht zur vorübergehenden wieder in Arbeit steht. In allen Fällen ist zu beachten, daß die Entziehung das Fortkommen des Unterhaltspflichtigen nicht unbillig erschwert. Diese Rückforderungsmöglichkeit beginnt mit dem 28. Juni 1931. Inwiefern diese Bestimmung überhaupt Anwendung finden wird, dürfte von der Gesamtlage des Reichs abhängig sein.

§ 106 Absatz 2 bestimmt in seiner jetzigen Fassung, daß nicht mehr 26, sondern 13 Wochen des letzten durchschnittlichen Arbeitsentgelts zur Berechnung der Lohnklasse zugrunde gelegt werden. Der Fortgehende des Arbeitsamtes kann im Einzelfalle anordnen, daß zur Vermeidung von offensichtlichen Zufallsereignissen 26 Wochen als Grundlage zur Berechnung der Lohnklasse angewandt werden. Wegen dieser Anordnung des Vorstehenden gibt es kein Rechtsmittel. Die letztere Annahme gibt die Möglichkeit, Zufallsereignisse, insbesondere Härten, zu vermeiden. Als Beispiel diene folgender Fall:

Ein berufstätiger Arbeitsuchender hat vor Beendigung seines letzten Arbeitsverhältnisses außerberufliche Arbeit 12 Wochen geleistet, die im Lohn wesentlich niedriger lag, als seine vor dieser Zeit liegende Berufsarbeit. Bei Anwendung der 13 Wochen würde dessen Lohnklasse und damit der Unterstützungsbezug bestimmt zu seinem Nachteil und als Härte sich auswirken.

Ein solches zufälliges Ergebnis soll durch die Anordnung des Vorstehenden vermieden werden. Laufende Unterhaltspflichtige werden von dieser Bestimmung nicht berührt.

Die Kurzarbeit im Betrieb

wird vom 28. Juni 1931 an nicht mehr auf 48, sondern nur auf 40 Stunden aufgeführt. Es wird deshalb in Zukunft von den Arbeitgebern mehr als bisher, im besonderen bei Kurzarbeit vor der Entlassung, der Stundenlohn angegeben werden müssen. Auf laufende Fälle findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§ 107. Die Herabsetzung der Unterstützung um 5 Prozent vom Einheitslohn zum Zweck der

Berechnung der Hauptunterstützung

ergibt nachstehende Sätze:

Lohnklasse	Hauptunterstützung für 1 HlW.		Hauptunterstützung für 1 HlW. und 1 Zuschlagsempfänger		Hauptunterstützung für 1 HlW. und 2 Zuschlagsempfänger		Hauptunterstützung für 1 HlW. und 3 Zuschlagsempfänger		Hauptunterstützung für 1 HlW. und 4 Zuschlagsempfänger		Hauptunterstützung für 1 HlW. und 5 Zuschlagsempfänger		Hauptunterstützung für 1 HlW. und 6 Zuschlagsempfänger	
	wöch.	tägl.	wöch.	tägl.	wöch.	tägl.	wöch.	tägl.	wöch.	tägl.	wöch.	tägl.	wöch.	tägl.
I	5.60	0.94	6.00	1.00	6.40	1.07	6.80	1.07	7.20	1.07	7.60	1.07	8.00	1.07
II	7.20	1.20	7.60	1.30	8.00	1.40	8.40	1.50	8.80	1.60	9.20	1.70	9.60	1.80
III	8.80	1.34	9.20	1.47	9.60	1.60	10.00	1.74	10.40	1.87	10.80	2.00	11.20	2.13
IV	9.45	1.47	9.87	1.65	10.32	1.82	10.77	1.97	11.22	2.14	11.67	2.35	12.12	2.58
V	11.55	1.93	12.00	2.20	12.45	2.48	12.90	2.75	13.35	3.03	13.80	3.30	14.25	3.58
VI	12.68	2.12	13.15	2.44	13.62	2.77	14.09	3.10	14.56	3.43	15.03	3.76	15.50	4.07
VII	13.50	2.25	14.05	2.63	14.60	3.00	15.15	3.37	15.70	3.74	16.25	4.11	16.80	4.50
VIII	15.30	2.55	15.95	2.98	16.60	3.40	17.25	3.83	17.90	4.25	18.55	4.68	19.20	5.10
IX	17.10	2.85	17.85	3.38	18.60	3.80	19.35	4.28	20.10	4.75	20.85	5.25	21.60	5.70
XI	18.90	3.15	19.75	3.68	20.60	4.20	21.45	4.73	22.30	5.25	23.15	5.78	24.00	6.30

Unrichtig sind die in der Presse erschienenen Notizen über die Herabsetzung der Unterstützungsfälle um 5 Prozent. Eine Herabsetzung um 5 Prozent ist bei den Unterstützungsfällen vom Einheitslohn vorgesehen. Sie wirkt sich durch die nunmehr so geführten Unterstützungsfälle vom Einheitslohn bei der Arbeitslosen- bzw. Arbeitslosenunterstützung in einer Minderung von rund 7 bis 14 Prozent aus.

Durch die Aufrechterhaltung der bisherigen Höchstätze der Unterstützung können bis zu 6 Zuschläge gewährt werden. 24 laufende Unterstützungsfälle müssen auf die neuen Unterstützungsfälle beruhen, die im Juli 1931 in seinem Falle über den 12. Juli 1931 hinaus noch alte Unterstützungsfälle gewährt werden. Zum leichteren Verständnis diene folgende Aufstellung:

Nach den neuen Sätzen ist die Unterstützung auszugehen am Jahrtage 13. 7. 1931 für die Zeit vom 4. 7. bis mit 10. 7. 1931 am Jahrtage 14. 7. 1931 für die Zeit vom 6. 7. bis mit 11. 7. 1931 am Jahrtage 15. 7. 1931 für die Zeit vom 7. 7. bis mit 13. 7. 1931 am Jahrtage 16. 7. 1931 für die Zeit vom 8. 7. bis mit 14. 7. 1931 am Jahrtage 17. 7. 1931 für die Zeit vom 9. 7. bis mit 15. 7. 1931 am Jahrtage 18. 7. 1931 für die Zeit vom 10. 7. bis mit 16. 7. 1931

Der § 107a bestimmt, daß verheirateten Frauen Arbeitslosenunterstützung nur gewährt werden kann, soweit sie bedürftig sind. Es finden die Vorschriften der Prüfung der Bedürftigkeit nach der Arbeitslosenverordnung vom 11. Oktober 1930 Anwendung. Durch diese Bestimmung verliert der § 112b auf Anwendung der Einkommens des Ehepartners bei Arbeitslosenunterstützung keine Anwendbarkeit. Es kann nach dem Einkommen des Ehepartners beim Ehepartner nach § 112b angerechnet werden.

Die Wartezeiten

nach § 110b verlängern sich

1. von 14 auf 21 Tage bei Arbeitslosen ohne Zuschlagberechtigte,
2. von 7 auf 14 Tage bei Arbeitslosen mit 1, 2 oder 3 Zuschlagberechtigten, und
3. von 3 auf 7 Tage bei Arbeitslosen mit 4 oder mehr Zuschlagberechtigten.

Über verlängern sich die Wartezeiten bei gesundheitlicher Auswirkung und 1/2 Vorkaufzeit, bei gesundheitlicher Auswirkung oder bei gesundheitlicher, behördlich angeordneter Verhinderung im Falle 1 von 14 auf 7 Tage, im Falle 2 von 7 auf 3 Tage und im Falle 3 auf 2 Tage. Die Wartezeit im Falle 1 wird also von 21 auf 7 Tage herabgesetzt.

Bei § 112a sind nach der neuen Fassung in Absatz 2 anrechnungsfrei:

1. Pflegegeld aus der Unfallversicherung (§ 558c Absatz 2 Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung),
2. Pflegezulage, Vorkaufzulage und Zusatzrente nach dem Reichsversicherungsgezet,
3. Hebergangrente nach § 5 der Zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufsanwärter vom 11. Februar 1929 (Reichsgesetzblatt I, S. 27),
4. von den übrigen in Absatz 1 Nr. 1 und 2 in § 112a genannten Renten bleibt nur noch ein Betrag von 15 M. im Monat anrechnungsfrei, bisher 20 M.

Mit dem Besatz des Absatz 4 in § 113 werden alle Entlassungen, die der Arbeitslose bei seiner Entlassung vom Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Auch Entlassungen nach § 87 des Reichsversicherungsgezet werden vom 28. Juni 1931 an bei der Berechnung anzurechnen. Anwendung auf laufende Fälle findet diese Bestimmung nicht.

§ 175 Abs. 3 gibt dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes für die Folge das Recht, einem Arbeitsuchenden einen angemessenen Teil von seiner Unterstützung zu kürzen, wenn er sich seiner Angehörigen, insbesondere seiner Unterhaltspflichtigen, nicht nachkommen läßt. Die Kürzung der Unterstützung ist dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes zu entscheiden. Da bei der Kürzung die Gründe für die Kürzung nicht angegeben werden, wird der Antrag auf Kürzung der Unterstützung nur bei begründeten Gründen für keine Anrechnung sein. Die Kürzung der Unterstützung ist dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes zu entscheiden. Da bei der Kürzung die Gründe für die Kürzung nicht angegeben werden, wird der Antrag auf Kürzung der Unterstützung nur bei begründeten Gründen für keine Anrechnung sein.

Die Vorschriften dieser Verordnung treten am 28. Juni 1931 in Kraft. Zur Bewältigung der umfangreichen Umstellungsbereitschaft aller Unterstützungsfälle ist den Arbeitsämtern nach Artikel 9 der Verordnung des Reichspräsidenten eine Frist bis frühestens am 13. Juli 1931 ausgesetzt. Es ist nicht richtig, wie es verschiedentlich in der Presse mitgeteilt wurde, daß der 13. Juli 1931 der Eintragstag für das Inkrafttreten der Verordnung bei laufenden Vorgängen sei. Der tatsächliche Eintragstag ist der 28. Juni 1931. Lediglich zur Bewältigung der Umstellungsbereitschaft ist den Arbeitsämtern die Frist zur Heberleitung bis zum 13. Juli 1931 gegeben. Die obige Aufstellung der Heberleitung zeigt, ist im weitesten Sinne angerechnet der Arbeitslosen die Anwendung der Verordnung durchgeführt.

MEYERS LEXIKON
jetzt vollständig
12 Bände bis X, Y, Z
Prospekt durch jede Buchhandlung

GÖRLITZER

Frische Lebensmittel

Zur Salatzeit

Auf diese Preise noch

6% ausgewählt bestes Tafelöl Pfund **48,-**
In Flaschen zu 45,- und 75,-

anerkannt feinstes Olivenöl Ital. Pfund **102,-**
In Flaschen zu 48,- und 70,-

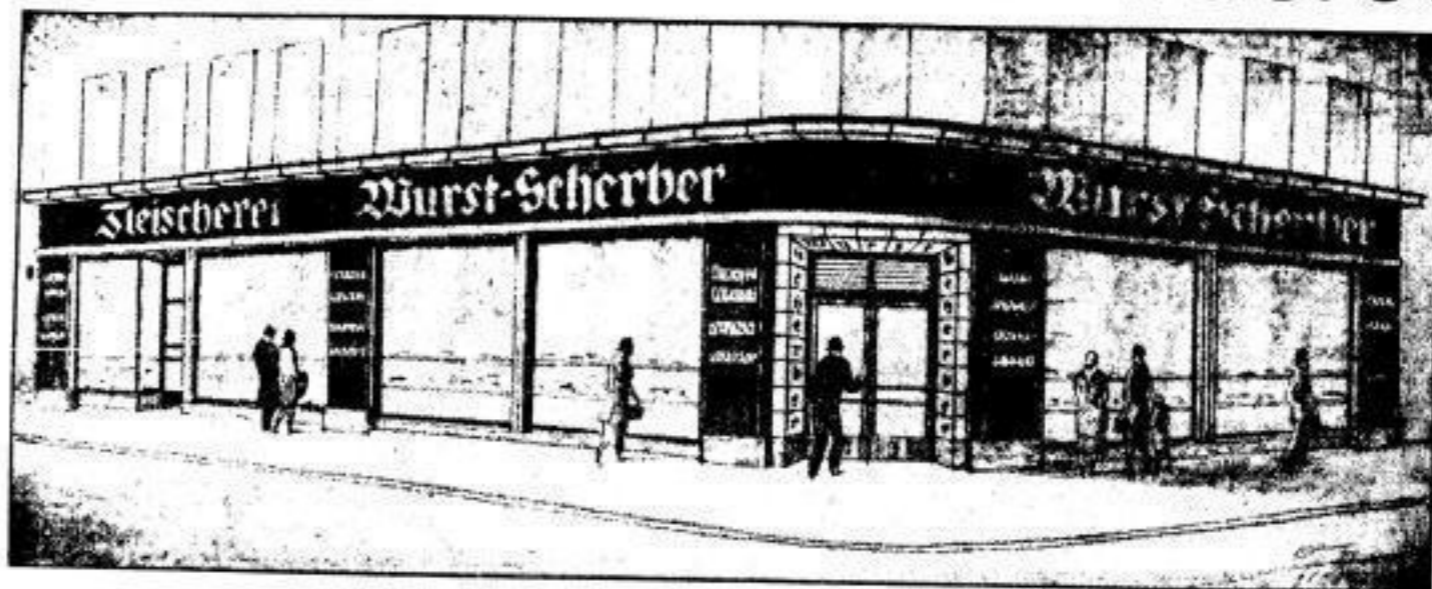
Rückgewähr am Schluß des Jahres in bar

Speise-Essig starker Liter **30,-**
Tafel-Essig rötlich Liter **40,-**

Wein-Essig sehr fein Liter **50,-**
Estragon-Essig 1/2-Liter-Flasche **95,-**

Elhs Essig-Essenz weiß, mit Wein und mit Kräutern in Flaschen zu Original-Preisen

Eine Verschönerung der Kesselsdorfer Straße durch Wurst-Scherber



Fisch - Fleisch
geräucherte
Fleisch-
und
Wurstwaren

Eigene Butter-
Ausschlägerel
Eier, Margarine
Molkerei-
Produkte

Qualitätswaren zu niedrigsten Preisen / Wurst-Scherber, Alaunstraße / Wurst-Scherber, Antonsmarkthalle
Wurst-Scherber, Neust. Markthalle / Wurst-Scherber, Kesselsdorfer Straße

Am Umbau beteiligte Firmen:

Baumeister **Richard Fülle** Bauausführung
Dresden-Altstadt, Bürgerwiese 13



Leuchtkästen / Markierenanlagen
Neuüberbeschläge
ausgeführt von
ARTHUR SEIFERT
Kunst- und Bau-Schlosserei
Dresden, Striesener Straße 30

Baumeister **Fritz Brauer**, Architekt
Dresden-Altstadt, Pillnitzer Straße 20

hat den Gesamt-Entwurf zu dem Umbau an-
gefertigt und ihn in künstlerischer, kon-
struktiver und finanzieller Hinsicht überwacht

**Rohrhirsch
& Clemens**
Dresden
gegründet 1889
Telephon 17898

liefert alle

**Bau- und Möbel-
Arbeiten**
in allen
Marmorsorten

**IHLE &
PAUSE**

Große Kirchgasse 3
Telephon 18572

**Elektrische
Anlagen**

v. Berkel - Waagen

Lieferant sämtlicher Schnellwaagen und
Aufschnittmaschinen für alle Geschäfte

Komplette Ladeneinrichtung
der Neuzeit entsprechend ausgeführt von

E. Hänsele
Inhaber: Max Hänsele, Ingenieur
Dresden-N. 23 Fernruf 53634
Fabrik für Fleischer-Geräte und Waagen

Garantie für stets frische Waren

haben Sie bei Einkäufen in den Verkaufsstellen der Firma **Wurst-Scherber**, denn die verschiedenen **elektrisch-vollautomatischen Frigidaire-Schränke** mit ihren hervor-
ragenden Eigenschaften erfüllen alle Vorbedingungen der Frischhaltung. / Beratung und Vertreter-Besuch für Schränke und Kühlanlagen jeder Art kostenlos. / Anruf: 13149 u. 17159

Frigidaire Pillnitzer Straße 56b

Der Dämmerchoppen des Säuglings Wissenschaftler im Dienste des Kapitals

Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte fand am Sonntag ein höchst merkwürdiger Prozeß statt. Der Ernährungsbiologe Dr. med. Vinzenz v. Dohn sagte gegen den Berliner Sanitätsrat Dr. Volkmann, Herausgeber des Deutschen Ärzteblattes, wegen Verleumdung, Dr. v. Dohn hatte im Herbst vorigen Jahres auf der Internationalen Hygiene-Konferenz einen recht seltsamen Vortrag gehalten, in dem er einen begeisterten Hymnus auf den Rührer und die Bekömmlichkeit des Bieres sang. Es war so, als ob die Alkoholbrauer ihren höchsten Schutzmantel entfalten hätten. In seinem Vortrag hatte Dr. v. Dohn u. a. behauptet, daß es den Säuglingen sehr bekömmlich sei, wenn stillende Mütter möglichst viel Bier trinken würden. (!) Nach einer ausführlichen Sachverhaltsdarstellung soll er sogar behauptet haben, daß man

den die Säuglinge an Biergenuß gewöhnen müsse. (!) Die Leute, die einige Biertrinker gewesen wären, seien, so erzählte Dr. v. Dohn, alle sehr alt geworden. Täglich, ein besonders ausdauernder Alkoholik, habe es bis zu 90 Jahren gebracht. Philipp von Wangenheim sei ein organischer Säurer gewesen, und sein Sohn, Alexander, der Große, habe die Welt erobert. Ungeheure Biermengen habe man auch im Tabakkollegium Friedrich Wilhelm I. vertriebt. Dieser Vortrag des alkoholkranken Ernährungsbiologen hatte eine scharfe Abwehr des ärztlichen Fachblattes zur Folge, in der u. a. gesagt wurde, daß Standesgenossen, die sich in bezug auf unantastbarer Weise für starken Alkoholgenuß einsetzten, schonungslos gegetelt werden müßten.

In dem Artikel war auch angedeutet worden, daß Dr. v. Dohn im Dienste des Alkoholkapitals gesprochen habe. Vergleichsverhandlungen schmetterten, da insbesondere der Beklagte erklärte, daß die Abwehr des Verleumdungsbogens vom Standpunkt der ärztlichen Ethik

aus durchaus berechtigt sei. Die Gegner gerieten sich schließlich heftig in die Haare. Das Urteil soll am Dienstag verkündet werden.

Nicht Kinder verbrannt

Journalistes (Proving Quebec), 30. Juni. Acht Kinder im Alter von ein bis elf Jahren sind bei einer Feuerbrunst in ihrem Hause umgekommen, obwohl ihr Vater heldenhafte Anstrengungen machte, sie aus dem Zimmer zu retten, in dem sie schliefen.

2890 Kilometer im Kleinflugzeug

Paris, 30. Juni. Die französische Fliegerin Barta, die am Sonntagmorgen mit ihrem Kleinflugzeug in Le Bourget aufgestiegen war, um den Streckenweltrekord für Kleinflugzeuge zu brechen, ist am Montag in der Nähe von Nishnij Kamgorod gelandet. Sie hat insgesamt 2890 Kilometer zurückgelegt und damit den bisherigen Rekord mit 2606 Kilometer gebrochen.

Für unsere Frauen

Mit Nadel und Faden

Während Herr der Schöpfung mag die Frauenmode, die Jahr um Jahr neue Modelle auf den Markt bringt, unablässig Schnitt und Veranänderung umformt und ändert, als eine überflüssige Angelegenheit erscheinen, die nur dazu dient, den Geldbeutel mehr oder weniger empfindlich zusammenzuziehen. Aus dieser praktischen Erwägung heraus, aber auch aus tieferen Gründen weltanschaulicher Art hat man bereits da und dort begonnen, sich einfach über die bestehende Modeströmung hinwegzusetzen und einen ganz bestimmten Stil der Kleidung festzusetzen. Dazu gehört unter anderem das handgewebte Kleid bestimmter Gruppen und Kreise, das Kleid der Jugendbewegung u. a., die einander ziemlich ähnlich sind, denn sie verwenden nahezu die gleiche Art des Schnittes. Weist besteht das Kleid aus Leibchen, kurzen Ärmeln und Faltenrock. Diese Art des Schnittes soll gleichzeitig die Art, die Lebensanschauung und das Wesen seiner Trägerin charakterisieren. Wer ein solches Gewand trägt, bei dem darf man wohl meist Freude an einfacher, natürlicher Lebensführung, an Wandern, Sport, aber auch an bestimmten geistigen Gebieten voraussetzen. Kleid und Trägerin bilden eine Einheit, sie drücken eine ganz bestimmte Prägung, einen klar untrübsamen Lebensstil aus.

Aber Kleider und Menschen dieser Art bilden nur eine kleine Minderheit. Die Mehrzahl der Frauen wird beherrscht von den Modestritten der allgemeinen Frauenmode, die viel unpersönlicher, viel schematischer, viel schematischer ist. Und doch gehört auch sie bestimmten Wesen, die tief in der Entwicklung der Jahrhunderte begründet liegen, und jeder Versuch, sie gänzlich abzuschaufen, wird schon aus diesem Grunde — ganz abgesehen von anderen — zum Scheitern verurteilt sein.

Es gibt auch für die wenig bemittelte Frau einen Weg, modern gekleidet zu sein, ohne damit nur ein Schema, etwas Unpersönliches zu verkörpern. Seine Verwirklichung ist das einfache, selbst geschneiderte Kleid, das die großen Richtlinien der Mode zwar befreit, aber gleichzeitig bei der eigenen Verarbeitung die Möglichkeit frei läßt, der Figur und dem persönlichen Geschmack der Trägerin Rechnung zu tragen. Seitdem wir Schnittmuster und Modeschulbücher aller Art besitzen, seitdem es in allen großen Warenhäusern möglich ist, ungenügend Modeschulbüchern zu betrachten, sich einen bestimmten Schnitt, der dem eigenen Geschmack am nächsten kommt, auszuwählen und das entsprechende Schnittmuster zu kaufen, ist es für eine geschickte und geduldige Frauenhand nicht allzu schwer, sich ein hübsches, gefälliges Kleid selbst zu schneidern.

Auch der moderne Film hat sich diesen Gedanken zu eigen gemacht und hat versucht, ihn in der Frauenwelt populär zu machen. So zeigte vor kurzem der Einkaufsdienst einer Berliner Kaufhausorganisation einen interessanten Film, die „Kunst des Schneidens“, in dem nicht nur ein Einblick in die Werkstatt der Mode gegeben wurde, sondern auch eine Fülle praktischer Hinweise für das Selbstschneidern. Man erlebte das Werden eines Schnittmusters, vom Entwurf der Modzeichnerin auf irgendeiner internationalen Modeshow bis zum Modestück, das sorgsam anprobiert und nach der Zeichnung geändert und verbessert wird. Nebenbei sind Frauenhände am Werk, die abheften, hinaufziehen und abschneiden, bis der Schnitt schlüssig geworden ist. Das Schnittmuster wird nach bestimmten Zeichnungen fabelmäßig hergestellt — in der Schnittfabrik schneidet die Maschine durch 300 Vagen die Teile des Schnittes aus —, und dann wandert es hin- und her in alle Dummelrichtungen der Welt, in die großen Städte wie in das kleine, weitenfern gelegene Dorf, zu dem Eisenbahn und Post, Telegraph und Radio heute die letzten Ergründungspunkte bringen. Bald bewegen sich unzählige Frauenköpfe über das neue Schnittmuster; unzählige prüfende Augen mustern kritisch jede Linie, jede Falte. Dann beginnt die Arbeit. Eine scharfgeschliffene Schere, keine Stecknadeln aus Stahl, Schneiderkreide, Fehlgarn und nicht zuletzt das Zentimetermaß werden zurechtgelegt. Der ausgezeichnete Schnitt wird an die Wand geheftet, damit man ihn bei der Arbeit stets vor Augen hat. Zunächst werden die einzelnen Teile des Schnittes zusammengelegt und überprobiert, damit der Schnitt im Hinblick auf die Figur geändert werden kann. So bedingen z. B. zu schmale oder zu breite Schultern, abweichende Oberweite, abweichende Schultern usw. natürlich entsprechende Veränderungen. Dann wird zugeschnitten, brennt und anprobiert — eine scheinbar ganz einfache Angelegenheit für gewandte, geübte Hände. Nur die im Schneidern gänzlich ungeübte Frau allerdings ist das Selbstschneidern schon schwieriger, und für sie ist es unter allen Umständen ratsam, als erstes Werk eine einfache Schürze oder ein billiges Hauskleid zu schneiden.

Das Ideal allerdings wäre wohl für jede Frau, eine solche Freundin zu besitzen, wie sie der Film zeigt, ein hilfsbereites, unegoistisches Wesen, das einem ausgerechnet im kritischen Augenblick zu Hilfe kommt und eine Anfängerin geduldig in alle Geheimnisse des Schneidens einweiht. Aber nicht jeder von uns wird eine solche Freundin besitzen sein, und so wird der sozialistischen Frau vor allem ihre sozialistische Frauen- und Modenzeitung, die *Frauenwelt*, die stets gute, einfache und kompliziertere Modestücke und Schnittmuster zeigt, zur Freundin werden müssen, bevor sie mutig und nach sorgfamer Vorbereitung daran geht, selbst zu schneiden!

Kinderrenten

Viele Mütter ehelicher und nichtehelicher Kinder sind sich im unklaren darüber, in welchen Fällen ihnen die Sozialversicherung beim Ableben des Ernährers das Recht gibt, Kinderrenten zu beanspruchen. Die Kinderrente wird gewährt für Kinder, die sich in der Berufsausbildung befinden oder zum Zweck der Ausbildung für einen Beruf noch über die gesetzliche Schulzeit hinaus eine Schule besuchen, auch wenn sich diese Ausbildungszeit über das vollendete 16. Lebensjahr hinaus erstreckt. Auch hauswirtschaftliche Ausbildung kann Berufsausbildung sein, wenn ein planmäßiger Lehrgang stattfindet. (Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 20. Januar 1928.)

Die Unterweisung im Weibnaden bildet nur einen Teil der Ausbildung für den Beruf einer Hausangestellten, der eine abgeschlossene Ausbildung in Weibnaden nicht erfordert und eine förmliche Ausbildung oder die Ableistung einer bestimmten Lehrgang nicht zur Voraussetzung hat. Deshalb steht es der Gewährung von Kinderrente für eine solche Ausbildungszeit im Weibnaden auch nicht im Wege, wenn die Ausbildungszeit nicht die in den Vorschriften der zuständigen Handwerkskammer zur Regelung des Lehramtsbewerbers vorgeschriebene Mindestdauer der Lehrzeit erreicht. (Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 16. Mai 1928.) Die Berufsausbildung ist auch ohne schriftlichen Lehrvertrag möglich. Sie kann auch von der Mutter selbst erteilt werden. Es kommt nur darauf an, ob die Mutter die in Betracht kommende Ausbildung bereit zu geben vermag, daß sie später beruflich verwendet werden kann, ob sie auch andere Kinder unterrichtet, wie groß ihr Geschäft und ihr Kundenkreis ist, ob der Unterricht nach einem geordneten Lehrgang erteilt wird, und ob die Arbeitskraft des Kindes durch den Ausbildungsgang ganz oder überwiegend in Anspruch genommen wird. (Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 2. Oktober 1928.)

Hauptsache ist: Vertrauen!

Anfang Juli werden auf der Ostinsel Radebeul, an der Ufedeer Pucht, im Park, im Taunus und in Sachsen die diesjährigen deutschen Kinderrepubliken eröffnet. Auch die roten Falten unserer Stadt werden dabei sein.

Sapperlot! Am Dienstag wollte es in unserer graubrostenen Kiste, denn so ein Ding ist unsere Schule, gar nicht hell werden. Es war schon gegen 11 Uhr mittags und Sommerabend. Wie ein Sod hing der Himmel über uns. Nebenher trabte die Oberklasse gegen ihren Ordinarius Kemperlein, der ihr die Reglerzeit Amanullahs des Herrschens einblies. Per Ersten ging es verhältnismäßig gut bei Lehrer Henri, das heißt, nur bis Schulstunde dann ging aus die rechtlich verdiente Sympathie für ihn in die Brüche. Gladensklag 1 rannte die Panne wie die Heißhosen aus den Zimmern, auf Umwegen durch den Park den heimatischen Hüften zu.

Stiele, eigentlich heißt er Peter, was der Klassenhäuptling und auch Obmann unserer roten-Falten-Gruppe ist, war ganz blau im Gesicht. Stiele muß sich fürchterlich geärgert haben. Woüber nur? Ja, da ist ihm doch gestern der großmäulige Vergot aus der Kranzstraße ins Redier gekommen und hat die Eltern unserer roten Falten ins Redier genommen und hat die Eltern unserer roten Falten ins Redier genommen und hat die Eltern unserer roten Falten ins Redier genommen. Da der Stiel nicht das geringste mit uns zu tun hat, geht ihm eigentlich die ganze Geschichte einen Dreck an. Nur aus Gehässigkeit, weil wir ihm gelegentlich in die Seite bozen, wenn er Kraftmeier, hat er Vater Kemmer und Mutter Kemmer vorgeschimpft, daß doch bei uns ein saumäßiger Betrieb herrsche, und unser Heiliger, das wäre ja eine schöne Kinderrepublik, da wäre es gar nichts Unerlässliches zu essen, man müsse auf halboberstem Stroh liegen ufm. Der Erfolg dieser beneidenden Verleumdungen bestand darin, daß Mutter Kemmer und Vater Kemmer unter keinen Umständen ihre Jungen und Mädchen in unsere Republik schicken wollten. Verflucht und verflucht. Was nun?

Stiele trat mich Donnerstag mittag auf der Klee und beriebte mir die Geschichte. Am liebsten hätte ich mir sofort den Stiel gegriffen und ihn durch den Wolf gedeckt. Ich kann eine ganze Portion Gemeinheit serviert bekommen, auch auf nächsten

Wagen, aber das schlug mir doch den Kopf aus dem Stragen! Stiele empfahl mir eindrucklich eine etwas zahnere Methode, die ich ihm mit einigem Purren beschreiben mußte. Aber ... das sage ich auch (Stiele soll's nicht hören!), Vergot wird einige Tage auf dem Bauch schlafen müssen ...

Nach am selben Abend trummelte Stiele unsere Eltern zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, und so berichteten und berieten wir unter Affizienz des Vaters Laskar diese Angelegenheit. Stiele ist nicht auf den Mund gefallen, der kann sagen, was er will. Er erzählt erst einmal den Eltern, was eigentlich an dem Schwindel, den der dämliche Vergot in die Welt gesetzt hat, wahr ist. Gar nichts! Das war pure Gehässigkeit von ihm; wir werden ihn vorerst vier Wochen lang nicht mehr unter die Nase haben wollen. Nun ja, regnen tut es auch im Heiliger, aber unsere Felle sind nicht, und wir müssen doch alle auf und treffen Fürsorge, daß kein Vater rein kann. Und was das Essen anbetrifft, ach da lieber Himmel, das kann sich schon lassen. Vitamine sind genug drin, und fast werden kann auch jeder, und die paar Mutterhändchen, die ein Gesicht machen, wenn etwas Unerlässliches auf den Tisch kommt, das ihrem Schmebel nicht grün ist, werden sich schon daran gewöhnen. Die Hauptsache ist, meint Stiele, das Eltern tragt was, ist gut angerührt und besänftigt. Dann schmeckt's auch. Wir sind auch immer feste hungrig, wenn wir den ganzen Tag herumhocken und in Bewegung sind.

Wie ein geborener Volkstredner hat das unser Stiele den Eltern beargwünscht gemacht. Die waren damit auch einverstanden. Und Mutter Kemmer und Vater Kemmer gewonnen wieder Vertrauen zu unserer herrlichen Sache, die sie durch so ein blödsinniges Gerede leider für eine Weile verloren hatten. Nun schicken sie Hans und Karl und unsere Genossin Frieda doch mit ins Heiliger. Recht ist es, und alle Arbeitereltern, deren Kinder rote Falten sind, müssen es auch tun. Vertrauen, das ist es, was wir haben müssen! Ordnung und Solidarität, Grundgedanke allen gemeinschaftlichen Zusammenlebens, halten wir selber. Und in unsere Kinderrepubliken, die wir im Juli auf die Feine stellen werden, machen wir, um mit dem seltsamen Erlöslich Haupt von Sachsen zu reden, hauptsächlich unseren Dreck ganz alleine ... Walter G. Dichtelw.!

Eine Heldin des Alltags

Sie war „nur“ ein Dienstmädchen. Aber ihr Name steht eingegraben auf der marmornen Grabplatte des Londoner Friedhofes, unter der mit ihr der größte Führer und Vorkämpfer des Weltproletariats ruht, Karl Marx, und mit ihm sein geliebtes Weib Jenny Marx, geborene von Westphalen.

Leben dem unüßlich sie, und es ist, als wenn sie sich diesen Namen selbst ausgesucht hätte für die Stellung, die sie im Leben einnehmen sollte. Ob dieses lebendige Bild Recht ist, das gute Menschen, auch nicht einmal mehr wert sein wird als das ganze irdische Gut, Geld, Leinen und Silber, das ich auch spenden kann ... Mit diesen Worten übergab der Schwiegervater von Karl Marx, der Regierungspräsident von Westphalen in Trier, als hätte er geahnt, wie groß die Armut sein würde, in der seine Tochter Jenni, einst das schönste Mädchen von Trier, leben würde, das treue Versprechen, das schon in seinem Hause gedient hatte, dem Ehepaar Marx ganz verloren. Das Vinnen mußte nur zu oft als Pensionszahlung gelten auf den Reizen des jungen Paares in Paris, London oder Wien, als das Geld aufgebraucht war. Das Silber mit dem Wappen der schottischen Adelsfamilie der Ardenale, der die Westphalen entstammten, wanderte ins Pfandhaus, zuletzt in London, als die Familie Marx sein Geld hatte zur Verdingung ihres geliebten Kindes.

Rur London demuth blieb den Kindern ihrer Trierer Herrschaft treu, trotz aller Not. Sie hungerte mit ihnen. Fast nie konnte man ihr ihren Lohn ausbezahlen. Sie zog die Kinder von Karl Marx auf, als wenn es ihre eigenen gewesen wären. Sie scheute sich nicht, zu bitten und zu betteln, um diesen Kindern Milch zu beschaffen. Sie trauerte mit den verzweifelten Eltern, als sie alle ihre in London geborenen Kinder verloren sah auf das jüngste Töchterchen Eleonore, Luffa genannt. Doch dieses Kind bis zum fünften Jahre ausschließlich, bis zum zehnten Jahre vorwiegend mit Milch ernährt werden konnte, daß es auslief „wie Milch und Blut“, ist in der Hauptsache das Verdienst von London demuth. Sie stand den verzweifelten Eltern bei, als ihr einziger Sohn Ed-

gar, mit dem Kosenamen „Musch“ genannt, sterben mußte. Sie brachte ihnen das „Bababische“ — so nannte sie Eleonore — damit sie wieder fröhlich wurden. Ihr rheinischer Dialekt heizerte die Verdammten auf, wenn sie demüth nach Deutschland hatten. Froge Karl sie: „Wie geht es, Jennen?“, so lächelte sie immer zurück: „Gut, Herr Doktor!“ Und wenn sie ihn mahnte: „Ich sitz ja viel über den Büchern, Herr Doktor, Ich mach Euch zu wenig Notion“, dann folgte der große Gelächter dem Lachen demüth wie ein gehorsamer Sohn der Mutter. Denn, wie Lieb- lenecht gesagt hat, das Lenden läßt im Hause Marx die Diktatur aus, während Frau Marx die Herrschaft hatte. Eleonore aber meinte, Jennen wäre die Seele des Hauses und im besten und edelsten Sinne des Wortes „Mädchen für alles“ gewesen.

So war es natürlich auch selbstverständlich, daß das Lenden nicht fehlen durfte bei den Feiten der Familie Marx. Eins der größten Vergnügen waren die Sonntagsausflüge, bei denen die Treue für die Stärkung des Körpers sorgte. Dann lang sie um die Welt mit der Familie und den Wägen liebe deutsche Volkstiedler. Heimlich hatte sie nicht. Ihr war das Haus ihrer geliebten Herrschaft Heimat, wenn es auch weitaus jenseit vom schönen grünen Rhein. In diesem Hause, in dem so viel Liebe herrschte, war auch der Hausherr einer der größten Revolutionäre aller Zeiten. Bei ihm, dessen Name so viel Kraft und Macht erregte, schien die Sonne der Liebe, und dem Lenden wurde ein reicher Strahl dieser Liebe zuteil. Sie empfand es als Ehre, diesem außerordentlichen Paare dienen zu dürfen, eine Ehe, die nicht mit Geld und Gut aufgehoben werden konnte.

Als die geliebte Herrin im Winter 1881 aus der Welt zog, da war Lenden demüth ihr die treueste Pflegerin bis zuletzt. Und für Jenni Marx war es wohl ein Trost, daß sie ihren geliebten „Musch“ und ihre Kinder in der Welt ihres Lendens lassen konnte. Zwei Jahre später starb auch Marx. Innerlich war Lenden bemüht gewesen, ihm das einfache Heim erträglich zu machen. Wieviel sie in diesem Hause galt, zeigte die Tatsache, daß Friedrich Engels das Lenden zu sich nahm als Hausmutter, als teuerstes Vermächtnis der geliebten Freunde. Ihm wie dem Lenden ist es ja zu danken, daß Karl und Jenni Marx nicht ganz zugrunde gingen an dem schweren Geschick, das meist gerade die trifft, die Erlöser der Welt von aller Not werden wollen. Mit Engels lebte Lenden demüth dem Andenken ihrer geliebten Herrschaft. Engels hat auch dafür gesorgt, daß Lenden auf dem Highgatefriedhof in London neben den Menschen ruht, die ihre die liebsten und verehrtesten gewesen waren. So wurde ihr der einzige und letzte Wunsch erfüllt, den sie, die „demüth“ hieß, kaum zu äußern gewagt hatte. Der Name London demuth aber wird unsterblich mit denen von Karl und Jenni Marx, denn wer an das Grab auf dem Highgatefriedhof herantritt, das dem Proletariat der ganzen Welt so viel bedeutet, der sieht die enge Verbundenheit ihres Namens mit denen, die dort ruhen. Anna Blaw.

Humor und Satire

Wresthelle. Mein Freund Christian ist an einer sächsischen Provinzzeitung Redakteur.

Er klagte mir neulich sein Leid. Er muß nämlich immer bei der Kriminalpolizei antreten, ob irgend etwas vorgefallen ist. Es ergibt sich immer dieselbe Gesprächsform:
„Hier Zeitung. Ist irgend etwas vorliegend?“
„Hier Ansbegabt Postwein. Na?“
„Nichts?“
„Nein, alles muß „männchen“hülle, ja. Wieß in der Bismarckstraße?“
„Was essen da los gewesen?“
„Ach, nichts.“
„Da muß doch etwas los gewesen sein!“
„Na, da haben sich wieder a paar beim Woppe gehabb.“
„Wie ging denn das vor sich?“
„Ach, wie eben so was vor sich geht, die haben sich eben beim Woppe gehabb.“
Und aus einer solchen Mitteilung muß mein Freund Christian nun einen sensationellen Lokalbericht machen — kein Wunder, daß er jammert.

Die Hausfrau zur Köchin: „Sie haben uns jetzt fünfundsamantzig Jahre treu gedient. Wie haben beschaffen. Sie von jetzt an als Mitglied unserer Familie anzusehen. Natürlich bekommen Sie dann keinen Lohn mehr!“

Verantwortlich: Hans W. Schumann, Dresden.



Ein Ehrenmal für die Kriegsgefangenen, das von dem ehemaligen Kriegsgefangenen Bildhauer Fritz Kernis zum Gedenken an die in Kriegsgefangenschaft Gebliebenen geschaffen wurde und in Wittenstein aufgestellt wird.

Ne. 15

Die gef...
Wid, wie weit...
kommen ist...
Sachen waren...
man mußte da...
der letzten W...
schlimm sei...
Das sind Ju...
Kajermenstra...
Polizei herau...
andern im La...
Ansehen des...
bürgerlich von...
da jag man a...
Regierung...
Sachen nicht...
rüdlichst

Verichter...
Die b man...
großen Debat...
der Militärlist...
antwortlich m...
w u h s s und...
sopf von Offiz...
insittutionen...
leuten und ein...
denkt, daß bei...
während er hi...
steht, dann fan...
Militarisierung...
der hohen Off...
genug; die neu...
bitterer Not...
Majoren und...
müssen.

Bei dieser...
gangfeld für...
grenzt, und so...
der Deute für...
Oberleutnant...
Rethoben des...
völlig in die...
M ä l l e m e...
mügen darau...
zuweisen, um...
aufzuheben. Da...
leutnant nach...
sich im Laufsch...
ein Oberleutn...
Polizeipräsident...
Das rote S...
freie Bestimm...
Erdrückend war...
mann über die...
legte, und voll...
Frage an den W...
Stund mir schu...
wie dafür 42 M...
Sie aus Sachse...

Der Kom...
dieser ersten...
mit fast nur geg...
eine derbe Wre...
Genosse Müll...
der Polizei in...
hätten, wo es...
Publikums ein...
selbst in der...
vorgegangen.

Einen Söh...
geordnete Be...
Prüflich in...
berete. In Chem...
kommen, stund...
beiter in ström...
Das Gefühl tief...
schilderte, wie...
die Nazis aus...
Arbeiter verüb...
Saus eingebrö...
wie das alles un...